

die  
**darmstädter**  
studentenzeitung

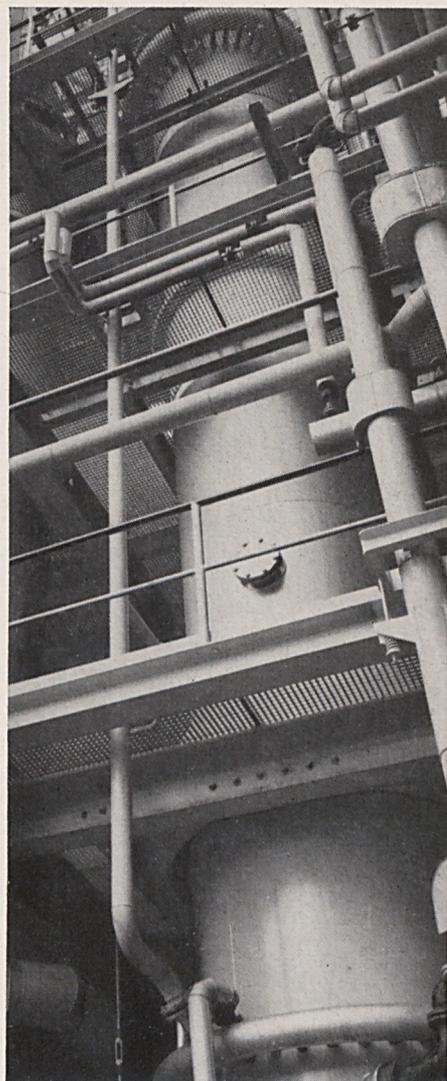
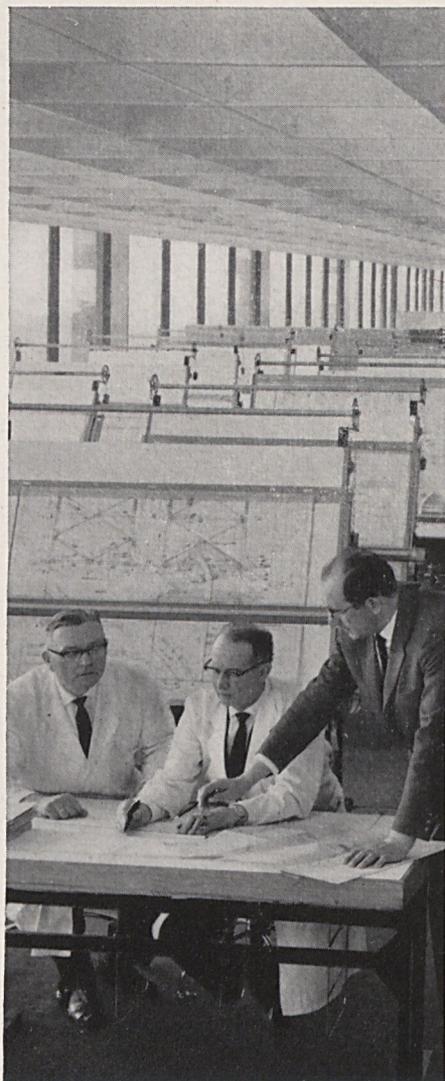
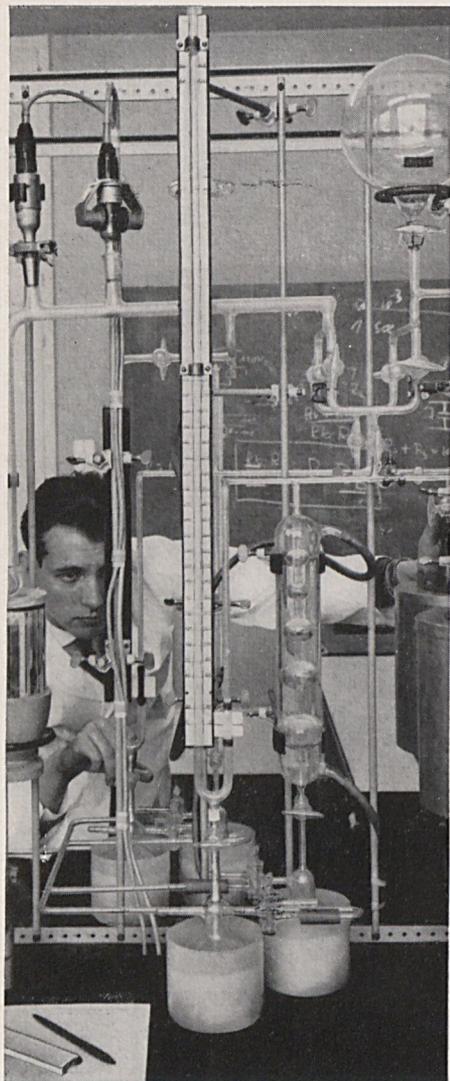
13. Jahrgang

Juli 1965

**technische hochschule darmstadt**

1 F 2824 F Preis DM 0,50

**77**



# Forschung · Planung · Fertigung

**Vielseitig und interessant wie die Arbeitsbereiche bei Krupp sind die beruflichen Möglichkeiten für junge Mitarbeiter—sie können an Aufgaben der Forschung, Planung oder Fertigung mitwirken.**

Aus der Vielfalt der Erzeugnisse des Krupp-Konzerns: Industrieanlagen, Apparate und Behälter, Maschinen und Werkzeuge, Guß- und Schmiedestücke, Lokomotiven, Lastkraftwagen, Schiffe, Transport-, Hebe- und Förderanlagen, Stahl-, Stahlhoch- und Stahlwasserbauten, Hoch-, Tief- und Straßenbauten. Rund 3000 Suchwörter enthält das Verzeichnis der Lieferungen und Leistungen.

**Junge Mitarbeiter haben in unseren Forschungsinstituten, Konstruktionsbüros, Planungsabteilungen und Fertigungsstätten Gelegenheit zu einer weitreichenden beruflichen Entwicklung.**

# die darmstädter studentenzeitung

technische hochschule darmstadt

Preis DM 0,50, für Hochschulangehörige DM 0,30

## INHALT:

<b>Hochschulgesetz</b>	
Entwurfsauszüge . . . . .	3
Rektor-Stellungnahme . . . . .	6
VDS-Stellungnahme . . . . .	10
Antwort der FDP . . . . .	14
Institute, Professoren . . . . .	16
Recklinghausen . . . . .	18
Nachbar Polen . . . . .	20

„die darmstädter studentenzeitung“ wird herausgegeben und verlegt von der Studentenschaft der Technischen Hochschule Darmstadt (Körperschaft des öffentlichen Rechts) und erscheint dreimal im Semester während der Vorlesungszeit.

Chefredakteur: Bernd Graßmugg (verantwortlich).

Redaktion: Eberhard Pahlberg (pah), Falk Rieß (fari), Hellmut Stoltz (sz), Walter P. Welzel (wl).

Ständige Mitarbeiter: Hartmut Bauer (pay), Ulf Kauffmann (kf), Klaus Knothe, Berlin (kn), Peter Krötsch, Toulouse (pe), Wolfgang Mengel, Wolfgang Paul (lo).

Chef vom Dienst: Ulf Kauffmann.

Verantwortlich für Insertionen: Jan Kettmann, Darmstadt.

Satz und Druck: Druckerei Ph. Reinheimer, Darmstadt.

Gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher wird keine Haftung übernommen.

Abonnement je Halbjahr (einschließlich Versand) 2,— DM.

Anschrift von Verlag und Redaktion: TH Darmstadt, Hochschulstraße 1, Telefon 852517.

Zwischen 13.00 und 14.00 Uhr sind wir immer zu sprechen: Westflügel, Zwischenstock Z. 167 (neben AStA).

Zeichnungen: S. 31 Hartmut Bauer; S. 2, 19, 22 Wolfgang Mengel.

Der Schwerpunkt dieses Heftes liegt auf der Problematik, die das Hochschulgesetz für die Hochschulen (als korporative Einheit von Professoren und Studenten) aufwirft. Man hat angenehmerweise feststellen können, daß sich die Diskussionen im wesentlichen um sachliche Meinungsverschiedenheiten drehen und daß sie nicht – wie es ja auch hätte sein können – verpolitisiert wurden. Parteipolitik und Wissenschaft scheinen sich in Hessen eher im positiven Sinne fernzustehen.

Etwas weniger hatte man diesen Eindruck nach dem Besuch des Herrn Bundeswissenschaftsministers H. Lenz, der am 26. 6. im Rahmen der „Aktion 1. Juli“ auf Einladung des AStA im Großen Physikhörsaal sprach. In Bonn scheint die Politik der Wissenschaft eher unfreundlich gegenüberzustehen, jedenfalls dann, wenn sie sich für die unmittelbaren Ziele der Politik im Moment nicht eignet. Dafür spricht beispielsweise die Existenz verschiedener wissenschaftlicher Abteilungen innerhalb der einzelnen Ministerien. Der Minister sprach ausgezeichnet, pointiert, manchmal etwas ironisch, aber – er sagte nichts. Und wer ein wenig zwischen den Worten zu hören versuchte, konnte die leise Resignation spüren, die Resignation über die Unmöglichkeit, eine kraftvolle Koordination über Gruppeninteressen, über einzelnen Ministerien hinweg, durchzusetzen. Wohl gemerkt, das ist alles nicht gesagt worden, aber es war zu hören.

Nach dem Vortrag gab der AStA einen Empfang im Foyer des Physiksaals im 1. Stock. Die Mitglieder des AStA und vor allem die des Parlaments hatten die seltene Gelegenheit, mit Spitzen des politischen Lebens, der ministeriellen und städtischen Verwaltung in angenehmer und zwangloser Atmosphäre zu sprechen. So wurden viele Probleme von zwei Seiten beleuchtet. Man sollte öfter versuchen, solche Empfänge zu arrangieren, die den Kontakt der Studenten mit Exponenten der Politik etwa in dem Sinne vermittelt wie der alljährliche Empfang des Rektors den mit den Professoren. Die Erfolge solcher Bemühungen sind vielleicht nicht unmittelbar meßbar, aber wir glauben, sie können nicht positiv genug beurteilt werden.

Im Sinne des „Ein-Problem-von-mehreren-Seiten-beleuchten“ versuchten wir auch die Zusammenstellung unserer Artikel über das Hochschulgesetz zu beeinflussen. Je mehr in irgendeiner Form „gefärbte“ Ansichten – aber wohl fundierte – man zur Kenntnis nehmen kann, umso größer ist die Chance, sich ein einigermaßen zutreffendes Urteil zu bilden.

Ursprünglich hatten wir die Absicht, die einzelnen Artikel – von Sr. Magnifizenz Prof. Dr. Adolf Künzel, Rektor der THD und dzt. Vorsitzender der Hessischen Rektorkonferenz; von Herrn cand. iur. H.-J. Pfaffendorf, Vorsitzender des Landesverbandes Hessen des Verbandes Deutscher Studentenschaften und von unserem Redaktionsmitglied Ulf Kauffmann – vor dem Abdruck den anderen Verfassern vorzulegen – eine Art schriftliche Diskussion also, die wir entgegen sonstigen Gepflogenheiten in einem einzigen Heft durchführen wollten. Das ist uns nicht gelungen, zu einem Teil wohl aus Zeitmangel. Wir hoffen, mit diesem Heft getan zu haben, was wir durch umfassende Informationen zum Gelingen des einige Grundlagen verändernden Hochschulgesetzes tun können.



bitte, die  
bestehende  
Regelung bewährt  
sich  
doch

KRUPP

FRIED. KRUPP-ESSEN

# Hochschulgesetz

Ulf Kauffmann

**Auszug und Kommentar**

## Erster Abschnitt

### Grundlagen

#### § 2

#### Aufgaben der wissenschaftlichen Hochschulen

- (1) Die wissenschaftlichen Hochschulen haben die Aufgabe, zu forschen und zu lehren.  
 (2) Die wissenschaftlichen Hochschulen bereiten die Studenten auf Berufe vor, für die ein wissenschaftliches Studium vorgeschrieben ist.

...

Es erscheint uns revolutionierend, daß der Gedanke der Berufsausbildung durch die Hochschule als Aufgabe formuliert ist. Dieser Gedanke wird in Hochschulreformdiskussionen noch immer heftig umstritten.

#### § 5

#### Gliederung der Verwaltung

- (1) Die Verwaltung der Hochschule gliedert sich in die Verwaltung der akademischen Angelegenheiten und in die Verwaltung der Wirtschafts- und Personalangelegenheiten.

...

Im folgenden werden solche Angelegenheiten aufgezählt. In den zunächst durch den Kultusminister veröffentlichten ‚Leitlinien‘ hieß es anstatt ‚Wirtschafts- und Personalverwaltung‘ noch ‚staatliche Verwaltung‘. Diesen Ausdruck hat man nach den Worten von Minister Schütte jedoch vermieden, um allen Mißverständnissen vorzubeugen. Eine Staatsverwaltung werde es nicht mehr geben. Der Entscheidungsraum der Universitäten werde nach Erscheinen des Gesetzes größer sein als jetzt. Den Vorschlag einer solchen Integration der gesamten Verwaltung hat der Minister von den Hochschullehrern übernommen.

#### § 10

#### Satzung der Hochschule

- (1) Die Hochschule gibt sich eine Satzung. Diese trifft nähere Bestimmungen insbesondere über

1. die korporativen Rechte und Pflichten der Angehörigen des Lehrkörpers, der Studenten und der wissenschaftlichen Mitarbeiter,
2. die Organe der Hochschule, ihre Befugnisse sowie ihre Zusammenarbeit,
- ...
5. die Zahl der Vertreter der Studentenschaft und der Fachschaften, die an den Senats- und Fakultätssitzungen sowie an Ausschußsitzungen teilnehmen.

...

- (2) Die Satzung wird vom Senat beschlossen. Sie bedarf der Genehmigung des Kultusministers und ist im Staatsanzeiger für das Land Hessen zu veröffentlichen.

Im Gesetz ist nichts darüber gesagt, wer an den Beratungen über den Satzungsentwurf beteiligt sein muß. Wie man jedoch hört, beabsichtigt der Kultusminister, in einer Durchführungsverordnung die Hochschulsatzung zu einer ‚studentischen Angelegenheit‘ zu erklären und die Senate zu verpflichten, daß sie Studentenvertreter zu den Beratungen hinzuziehen.

#### § 11

#### Vorlesungszeiten

- Die Vorlesungszeit dauert im Sommer- und Wintersemester je vier Monate. Der Kultusminister bestimmt Beginn und Ende der Vorlesungszeit.

Gegen die Verlängerung der Vorlesungszeiten haben die Vertreter der Professoren wie der Studenten Bedenken angemeldet. Die Begründung der Professoren weist darauf hin, daß bei verlängerter Vorlesungszeit nur mehr wenig Zeit für Forschung und Kongresse übrigbleibe. Die Studenten befürchten, daß in Zukunft zweistündige Vorlesungen nicht etwa einstündig oder vierzehntäglich gehalten würden und der Vorlesungsstoff sinnvoll gestrafft werden würde, sondern daß vielmehr zu erwarten sei, daß die längere Vorlesungszeit einen willkommenen Anlaß böte, den zu bearbeitenden Stoff weiter auszudehnen. Dies bedinge eine längere Vorbereitungszeit zu Prüfungen. Die Folge davon sei eine weitere Verlängerung der Studienzeiten anstatt der beabsichtigten Verkürzung. An der Technischen Hochschule käme erschwerend dazu, daß die vorlesungsfreie Zeit bereits jetzt mit Praktika und Prüfungsvorbereitungen angefüllt sei, so daß in Zukunft hierfür weitere Studiensemester in Anspruch genommen werden müßten. § 11 soll erst in Kraft gesetzt werden, wenn hierüber unter allen Bundesländern Einigkeit besteht.

## Zweiter Abschnitt

### Organe der Hochschule

#### § 13

#### Die Organe

- (1) Organe der Hochschule sind:

1. der Rektor,
2. der Senat,
3. die Fakultäten,
4. der Kanzler,
5. der Verwaltungsrat.

...

§ 14

Rektor

(1) Der Rektor repräsentiert die Hochschule. Er ist verantwortlich für das Zusammenwirken des Senats mit den Fakultäten und der Angehörigen des Lehrkörpers. Er fördert gemeinsam mit dem Senat und den Fakultäten die innere und äußere Entwicklung der Hochschule zu zeitgerechten Formen.

(4) Der Rektor oder ein von ihm benannter Vertreter ist berechtigt, an den Sitzungen der Vertreterversammlung der Studentenschaft und des Allgemeinen Studentenausschusses teilzunehmen.

(8) Die Amtszeit des Rektors beträgt vier Jahre. Während der vierjährigen Amtszeit ist der Rektor von seinen Lehrverpflichtungen befreit. Der Anspruch auf die Unterrichtsgeldpauschale bleibt unberührt.

...

Eine Hochschule ist ein Betrieb, der sich mit größten Unternehmen vergleichen läßt. Hunderte von Millionen Mark werden in wenigen Jahren verbraucht. Ein Wirtschaftsunternehmen, das allein ein Bauvolumen von einer halben Milliarde plant, mit einem ständigen Wechsel in der obersten Spitze, dessen Führungspersonen nie zuvor ihre Eignung dafür erproben konnten, ist undenkbar. Die Folge einer solchen Konstruktion wäre, daß auch wichtigste Entscheidungen von subalternen Verwaltungsorganen getroffen würden.

Allein aus diesem Grund ist der Widerstand der Professoren gegen die Verlängerung des Rektorats unverständlich. Sicherlich verliert ein Rektor in seiner Forschungstätigkeit als Ordinarius viele Jahre. Es dauert lange, bis er den inzwischen eingetretenen wissenschaftlichen Fortschritt aufgeholt hat. Sicherlich werden sich aber trotzdem genügend Professoren finden, die dieses Opfer zum Wohle der Hochschule und ihrer Selbstverwaltung und damit zum Wohle der Forschung ihrer Kollegen auf sich nehmen werden.

§ 16

Fakultäten

(1) Die Fakultäten tragen in ihrem Bereich die Verantwortung für die Pflege der Wissenschaften in Forschung und Lehre. Zu ihren Aufgaben gehören die Gestaltung des Unterrichts und der akademischen Prüfungen. Sie koordinieren die Forschungsprogramme mehrerer Lehrstühle. Sie beschließen über Habilitationen und Promotionen und verleihen akademische Grade nach besonderen Ordnungen.

(2) Die Fakultäten üben das Vorschlagsrecht zur Ergänzung des Lehrkörpers aus.

(3) Die Fakultäten sind dafür verantwortlich, daß die Studenten innerhalb der vorgeschriebenen Studienzeit in sachgerechter Reihenfolge über alle notwendigen Fächer ihres Studienbereichs Vorlesungen, Übungen und andere Unterrichtsveranstaltungen besuchen und ihr Studium abschließen können. Hierzu stellen die Fakultäten langfristige Studienordnungen auf; sie führen regelmäßige Studienberatungen, insbesondere für die Studenten der Anfangs- und Prüfungssemester, durch. Die Fakultäten wirken zusammen mit den Prüfungsämtern und den Prüfungsorganen darauf hin, daß die Studenten in der Regel die in den Prüfungsordnungen festgesetzten Studienzeiten einhalten.

(4) Die Fakultäten sollen zur Straffung, Ergänzung und Vertiefung des Studiums auch in der vorlesungsfreien Zeit Übungen und Kurse veranstalten.

Um Mißverständnisse zu vermeiden, sollte es in Absatz 3 Satz 1 heißen: Die Fakultäten sind dafür verantwortlich, daß die Studenten innerhalb der vorgeschlagenen Studienzeit... Der letzte Satz desselben Absatzes klingt

ebenfalls sehr nach Reglementierung der Studienzeit und Zwangsmaßnahmen zu ihrer Einhaltung. Die Studentenvertretung hat in Studienreformverhandlungen zu schlechte Erfahrungen in Bezug auf falsche Auslegung ähnlicher ministerieller Äußerungen gemacht, sodaß sie hier gerne eine präzisere Formulierung sehen würde.

§ 17

Dekan

(1) Der Dekan führt mit Hilfe des Prodekanen und des designierten Dekans die laufenden Geschäfte der Fakultät nach Maßgabe der Fakultätssatzung.

(2) Der Dekan wahrt die innere Ordnung der Fakultät.

(3) Der Dekan ist dafür verantwortlich, daß die Angehörigen des Lehrkörpers ihre Lehrverpflichtungen ordnungsgemäß erfüllen.

Es ist nicht bestritten, daß es Ordinarien gibt, die ihren Lehrverpflichtungen nicht in dem Maße nachkommen, wie man es erwarten darf. Sehr bestritten ist jedoch, ob es eine Möglichkeit geben soll, diese Ordinarien an ihre Pflicht zu erinnern. Unsere Ansicht ist: Wenn Glieder einer Gruppe (die sich als solche, als „Stand“ fühlt) sich nicht so verhalten, wie es die übrige Gesellschaft erwarten kann, so muß die Gruppe gegen sich gelten lassen, daß die Gesellschaft entsprechende Maßnahmen ergreift. Gibt es eine liberalere Lösung, als wenn man der Gruppe selbst und ihrem Vorsitzenden auferlegt, ein Fehlverhalten ihrer Glieder einzuschränken?

§ 21

Verwaltungsrat

(1) Der Verwaltungsrat besteht aus:

1. dem Rektor als Vorsitzenden;
2. dem Kanzler als stellvertretenden Vorsitzenden;
3. vier nach Maßgabe der Hochschulsatzung bestellten Hochschullehrern, von denen einer ein Nichtordinarius sein muß;
4. einem Vertreter der Studentenschaft.

...

(3) Der Verwaltungsrat beschließt über Angelegenheiten der Wirtschafts- und Personalverwaltung, soweit sie von besonderer Bedeutung sind. Dazu gehört insbesondere der Voranschlag über die zu erwartenden Haushaltseinnahmen und -ausgaben...

(4) Der Verwaltungsrat beschließt auch über die Verwaltung des hochschuleigenen Vermögens.

...

Durch die Entsendung eines ihrer Vertreter in den Verwaltungsrat nimmt die Studentenschaft in einem Maß an der Hochschulselbstverwaltung teil, wie es bisher undenkbar war. Die Wirtschaftsangelegenheiten fielen bisher in die Zugeständigkeit des Verwaltungsdirektors und waren auch dem Rektor weitgehend entzogen.

Dritter Abschnitt

Lehrkörper und wissenschaftliche Mitarbeiter

§ 24

Berufung

(1) Die Lehrstuhlinhaber werden auf Vorschlag der Fakultäten berufen. Der Berufungsvorschlag ist zu begründen; er soll drei Persönlichkeiten enthalten. Die Satzung kann eine Mitwirkung des Senats vorsehen. Der Kultusminister soll den Ruf in der Regel innerhalb von einem Monat erteilen. Auch nichthabilitierte Wissenschaftler können berufen werden.

(2) Erlangt die Fakultät von der Errichtung oder dem Freiwerden eines Lehrstuhls Kenntnis, so ist die Berufungsliste binnen sechs Monaten dem Kultusminister vorzulegen. Im Falle der Entpflichtung wegen Erreichens der Altersgrenze ist die Liste sechs Monate vor der Entpflichtung vorzulegen.

(3) Der Beschlußfassung über die Berufungsliste kann eine Ausschreibung vorausgehen. Die Fakultät soll eine Ausschreibung vornehmen, wenn sie keine geeigneten Persönlichkeiten vorschlagen kann. Findet eine Ausschreibung statt, so verlängert sich die Vorlagefrist um zwei Monate.

(4) Wird die Berufungsliste nicht innerhalb der Vorlagefrist eingereicht, so erlischt das Vorschlagsrecht.

(5) Der Kultusminister kann eine von der Fakultät nicht vorgeschlagene Persönlichkeit berufen. Der Kultusminister hat vor der Erteilung des Rufes der Fakultät Gelegenheit zur Stellungnahme über die Eignung der in Aussicht genommenen Persönlichkeit zu geben...

Seit über drei Jahren ist in der Fakultät für Kultur- und Staatswissenschaften der Lehrstuhl für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre sowie betriebliche Finanzen und Absatzwirtschaft verwaist. In der Zwischenzeit konnten sieben Berufungsverfahren für andere, zum Teil neu geschaffene Lehrstühle erfolgreich abgeschlossen werden, davon drei zur Besetzung juristischer Lehrstühle. Einer der wichtigsten Lehrstühle für Studenten des Wirtschaftsingenieurwesens jedoch blieb unbesetzt. Mehrere Wahlfächer konnten nicht gelesen werden, auf die Abnahme einer Pflichtprüfung mußte die Fakultät verzichten, weil keine Gelegenheit bestanden hatte, eine Vorlesung über dieses Fach zu belegen.

Rudolf Walter Leonhardt schreibt: „Die beliebteste Begründung, es gebe für den Lehrstuhl X keinen geeigneten Kandidaten, wird gerade dadurch fragwürdig, daß sie in einigen Fällen nachweisbar ist. Der Ton liege auf ‚in einigen...‘<sup>1)</sup> Da die Fakultät für Kultur- und Staatswissenschaften nie öffentlich über die Gründe Auskunft gegeben hat, warum der Lehrstuhl nicht besetzt werden kann, liegt die Vermutung nahe, daß andere Ursachen eine Rolle spielen als der objektive Mangel an geeigneten Kandidaten. Solange es Gründe sind, über die man nicht sprechen kann, ist es nicht einzusehen, daß die Darmstädter Professoren gegen das Oktroi des Kultusministers Stellung nimmt. Wenn sie selbst nicht dazu in der Lage ist, muß sie gelten lassen, daß der Minister in Ausnahmefällen die Berufung selbst durchführt.

Trotzdem ist auch uns nicht ganz wohl bei dem Gedanken an das unumschränkte Oktroi. Minister Schütte ließ allerdings erkennen, daß er bereit sei, einer Formulierung des Absatzes 5 zuzustimmen, die genauer charakterisiert, wann der Kultusminister das Recht haben soll, den Fakultäten ein Mitglied zu oktroyieren.

## § 25

### Habilitation

(1) Die Habilitationsordnung bestimmt die Voraussetzungen für die Zulassung zur Habilitation und die Habilitationsleistungen. Statt einer Habilitationsschrift können wissenschaftliche Publikationen, aus denen die für den Hochschullehrerberuf erforderliche Leistung und Eignung des Bewerbers hervorgeht, angenommen werden.

(2) Wer die Zulassungsbedingungen der Habilitationsordnung erfüllt, darf vom Habilitationsverfahren nur ausgeschlossen werden, wenn er nicht würdig ist, an einer wissenschaftlichen Hochschule zu lehren.

...

Ohne daß wir auf die Problematik eingehen wollen, erscheint es uns verwunderlich, daß in einem sozialdemokratischen Gesetzentwurf der unendlich verschwommene Begriff der akademischen Würde auftaucht, der einem

jahrhundertealten, nie formulierten Ehrenkodex entstammt. Dankbar kann man dafür sein, daß dieses Gesetz einen Rechtsanspruch auf Habilitation gewährt. Ein ähnlicher Rechtsanspruch auf Promotion wäre zu wünschen. Es geschieht in zu vielen Fällen, daß Habilitation oder Promotion aus persönlichen, politischen oder aus Gründen verweigert wird, deren Schilderung selbst bei garantierter Pressefreiheit nicht dienlich wäre.

## Vierter Abschnitt

### Studenten und Studentenschaft

Der vierte Abschnitt der Gesetzesvorlage bringt gegenüber dem für die Darmstädter Studentenschaft bereits geltenden Recht wenig Veränderungen. Erfreulich ist, daß ein Aufgabenkatalog der Fachschaften vorliegt, der nicht zuletzt auf Grund der guten Erfahrungen zustande gekommen ist, die mit der Arbeit der Darmstädter Fachschaften gemacht worden sind. Ein wesentlicher Fortschritt ist auch die Regelung über die Beteiligung der Studenten an der Akademischen Verwaltung. Bemerkenswert ist, daß Minister Schütte dem Drängen der Professoren auf Schwächung der Studentenschaft nicht nachgegeben hat, sondern sie als wesentliche Kraft innerhalb der Hochschule bestätigt hat.

## § 30

### Rechte und Pflichten der Studenten

(1) Die Studenten werden durch die Immatrikulation in die Hochschule aufgenommen.

(2) Die Studenten sind verpflichtet, die Ordnung des akademischen Lebens zu wahren und sich ehrenhaft zu verhalten.

(3) Die Studenten haben das Recht, Lehrveranstaltungen aller Fakultäten . . . zu besuchen. . . .

(4) Die Studenten sollen sich die Kenntnisse und Fähigkeiten aneignen, die das planmäßige Studium ihres Fachgebietes vermittelt. Sie sollen ihr Studium nach den Studienplänen und Prüfungsordnungen einrichten.

## § 31

### Rechtsstellung der Studentenschaft

(1) Die Studenten einer Hochschule bilden die Studentenschaft.

(2) Die Studentenschaft bildet innerhalb der Hochschule eine rechtsfähige Körperschaft des öffentlichen Rechts.

...

## § 32

### Aufgaben der Studentenschaft und der Fachschaften

(1) Die Studentenschaft verwaltet ihre Angelegenheiten selbst. Sie wirkt an der Selbstverwaltung der Hochschule mit.

(2) Die Studentenschaft hat folgende Aufgaben:

1. die Vertretung der Gesamtheit ihrer Mitglieder,
2. die Mitwirkung bei der Studentenförderung,
3. die wirtschaftliche Selbsthilfe der Studenten, soweit sie nicht dem Studentenwerk obliegt,
4. die Förderung der politischen Bildung und des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewußtseins der Studenten,
5. die Pflege internationaler Studentenbeziehungen,
6. die Unterstützung der kulturellen und musischen Interessen der Studenten,
7. die Pflege des freiwilligen Studentensports.

(3) Die Fachschaften sind verpflichtet, nach Maßgabe der Hochschulsatzung und der von den Fakultäten oder anderen Organen erlassenen Ordnungen und Pläne zur Förderung aller Studienangelegenheiten beizutragen. Sie wirken insbesondere bei der Gestaltung der Studienpläne und bei der Studienberatung mit.

## § 33

## Beteiligung an der Akademischen Verwaltung

(1) Die Vertreter der Studentenschaft nehmen an den Sitzungen des Senats und der Senatsausschüsse, die Vertreter der Fachschaft an den Sitzungen der Fakultäten und der Fakultätsausschüsse . . . mit Stimmrecht teil.

(2) Über Berufungsvorschläge, akademische Ehrungen, Wahlen, Habilitations- und Promotionsverfahren, persönliche Angelegenheiten der Angehörigen des Lehrkörpers und der wissenschaftlichen Mitarbeiter sowie über Stellenbesetzungen beraten und beschließen der Senat, die Fakultäten und die Senats- und Fakultätsausschüsse ohne die Vertreter der Studentenschaft.

## § 35

## Allgemeiner Studentenausschuß

(1) Der Allgemeine Studentenausschuß vertritt die Studentenschaft. . .

Die folgenden Abschnitte der Vorlage sind wissenschaftlichen Anstalten, Abteilungen für Erziehung, dienstrechtlichen Vorschriften, besonderen Vorschriften für die Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main sowie Übergangs- und Schlußbestimmungen gewidmet.

1) Rudolf Walter Leonhardt, Das hessische Hochschulgesetz in DIE ZEIT Nr. 24/1965.

2) Beschluß der 3. außerordentlichen Sitzung des Parlaments der Studentenschaft der Philipps-Universität Marburg vom 1. Juni 1965.

## Schlußbemerkung

In Äußerungen der hessischen Rektorenkonferenz und einzelner hessischer Senate heißt es, daß die hessischen Hochschulen das Hochschulgesetz in der vorliegenden Fassung ablehnten. Diese Erklärungen sind nicht begründet. Die Studentenschaften der vier hessischen Hochschulen als wesentlicher Bestandteil der Hochschulen haben den Gesetzentwurf mit Ausnahme einiger Punkte begrüßt und befürwortet. Die Satzungen der Hochschulen sehen die Mitwirkung von Studentenvertretern an der Hochschulselbstverwaltung vor, wenn es sich „um studentische Angelegenheiten“ handelt. Daß das Hochschulgesetz auch eine studentische Angelegenheit ist, kann nicht bestritten werden. Dennoch haben die Senate ohne Studentenvertreter über das Gesetz beraten. Da die Senate ihre Meinung in einer Sache gebildet haben, die satzungsgemäß eine Meinungsbildung in Anwesenheit von Studenten erfordert, können die Senate und die Rektoren nicht im Namen der Hochschulen, sondern lediglich im Namen der Hochschullehrer sprechen.

Zur gleichen Zeit, in der die Senate unter Ausschluß der Studentenvertreter beraten und dennoch für die gesamte Hochschule zu sprechen vorgeben, bestreitet der Marburger Rektor dem legal gewählten Allgemeinen Studentenausschuß das satzungsgemäß festgelegte Recht, als Vertreter der Studentenschaft zu sprechen.<sup>2)</sup>

Auch bei Darmstädter Professoren ist eine solche Meinung zu spüren, z. B. in der Äußerung, man möchte gerne wissen, wie der Student, der nicht Studentenvertreter ist, über das Hochschulgesetz denkt. In solchen Äußerungen wird die „Mißachtung des durch die Studentenschaft erteilten Mandats an Parlament und Allgemeinen Studentenausschuß – und damit die Mißachtung eines der fundamentalsten demokratischen Grundprinzipien“<sup>2)</sup> zum Ausdruck gebracht. Derartige Handlungen fordern den entschiedenen Widerstand der Studentenschaft heraus.

## Die Meinung der Professoren

### Bemerkungen zur Vorlage des hessischen Hochschulgesetzes von Seiner Magnifizienz Prof. Dr. Adolf Küntzel

Nach Redaktionsschluß erschien in Heft 13/1965 S. 385ff der „Juristenzeitung“ ein grundlegender Aufsatz „Die Studentenschaft als Gliedkörperschaft der wissenschaftlichen Hochschule“ des Marburger Hochschulrechtlers Professor Reinhardt. Auf ihn sei nachdrücklich hingewiesen.

Der Verfasser

Als nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 das Land Hessen in seinen heutigen Grenzen entstand, vereinigte es in sich die ehemals preußische Universität Marburg, die Stiftungs-Universität Frankfurt und die beiden Hohen Schulen des früheren Volksstaates Hessen, die Universität Gießen und die Technische Hochschule Darmstadt. Für diese vier Hochschulen verschiedenen Ursprungs, verschiedenen Alters, verschiedener historischer Entwicklung, verschiedener Größe und verschiedener Aufgabenstellung galt es eine einheitliche Rechtsgrundlage durch ein Hessisches Hochschulgesetz zu schaffen. Zu dessen Ausarbeitung setzte die Hessische Landesregierung schon im Jahre 1960 Beratungen mit den vier Hochschulen in Gang. 1962 wurden diese gemeinsamen Arbeiten plötzlich abgebrochen. Im September 1964 gab dann der Herr Kultus-

minister einer breiten Öffentlichkeit „Leitlinien“ für das zu schaffende Gesetz bekannt und legte kurz danach den ersten Diskussionsentwurf für dieses Gesetz vor. Seine Verhandlungen mit den Vertretern der Hochschulen über diesen und später über einen zweiten Diskussionsentwurf zogen sich bis in den Februar dieses Jahres hin. In den während des ganzen Wintersemesters geführten Gesprächen haben die Hochschulen ihre Wünsche und Vorstellungen sehr eindringlich mündlich und schriftlich vorgetragen. Diese Vorschläge haben jedoch in dem Gesetzentwurf, den das Kabinett dem Landtag Anfang Mai vorgelegt hat, in allen wesentlichen Punkten keine Berücksichtigung gefunden.

Betrachtet man das Paragraphenwerk des Gesetzestextes nur oberflächlich, so scheint es, als beschreibe es in knappen Sätzen nur die traditionelle Universitätsstruktur, wie sie in Jahrhunderten gewachsen ist. Die Lektüre bietet für den, der im Hochschulleben steht, zunächst keine besonderen Überraschungen: es wird auseinandergesetzt, was akademische Angelegenheiten, was solche der Wirtschafts- und Personalverwaltung sind, es werden die „Or-

gane“ der Hochschule aufgezählt, Rektor, Senat, Fakultäten, Kanzler und Verwaltungsrat, und es werden die diesen Organen übertragenen Aufgaben gekennzeichnet; ein Abschnitt des Gesetzes definiert die verschiedenen Gruppen von Hochschullehrern, wer sonst noch Angehöriger des „Lehrkörpers“ ist und welche Personengruppen unter den Begriff der „Wissenschaftlichen Mitarbeiter“ fallen. Zu diesem, dem Lehrkörper gewidmeten Abschnitt, gehören auch Paragraphen über das Berufungs- und Habilitationsverfahren. Es folgen einige den Studenten und der Studentenschaft gewidmete Paragraphen. Ein verhältnismäßig kurzer Abschnitt befaßt sich mit den „Wissenschaftlichen Anstalten“ (also mit Instituten, Kliniken usw.) und den „Zentralen wissenschaftlichen Anstalten“ (das sind solche, die mehrere Fachrichtungen umfassen und auch über die Fakultätsgrenzen hinausreichen können).

Die meisten dieser Definitionen und Festlegungen des Gesetzentwurfs klingen wie Selbstverständlichkeiten; Sätze wie „Der Rektor repräsentiert die Hochschule“ oder „Der Kanzler führt die Geschäfte der Wirtschafts- und Personalverwaltung“ oder „Die Studentenschaft verwaltet ihre Angelegenheiten selbst“ sprechen nur aus, was heute schon geltendes Recht ist. Daneben aber finden sich viele Regelungen, die stärker ins Detail gehen als einem Gesetz zukommt, das die Rechtsverhältnisse von vier Hochschulen höchst unterschiedlicher Struktur vereinheitlichen soll. So enthält z. B. die Gesetzesvorlage in § 18 die Bestimmung: „Die Fakultäten erlassen im Rahmen der Hochschulsatzung ihre Satzungen, die im einzelnen die Einrichtung und den Geschäftsgang der Fakultäten regeln...“

Die Technische Hochschule Darmstadt hat sich 1960 eine sehr sorgfältig durchdachte Satzung gegeben, in der auch alles Notwendige über die Arbeitsweise und die Ordnung der Fakultäten gesagt ist. Bei der vergleichsweise geringen Mitgliederzahl jeder der 7 Fakultäten unserer Hochschule ist es überflüssig, besondere Fakultätssatzungen auszuarbeiten, nachdem sich eine einzige als ausreichend erwiesen hat. Bei den Universitäten, die nur 4 Fakultäten besitzen, oder solchen, deren Lehrkörper auf eine Studentenzahl von 12 000 und mehr abgestimmt ist, mag das anders sein. Daher sollte es den einzelnen Hochschulen überlassen bleiben, zu entscheiden, ob Fakultätssatzungen notwendig sind.

Die Hochschulen haben in den Arnoldshainer Verhandlungen dem Herrn Kultusminister dringend nahegelegt, dem Hochschulgesetz den Charakter eines Rahmengesetzes zu geben, das lediglich die Grundgegebenheiten der Hochschulstruktur festlegt, die Einzelheiten aber der Satzung überläßt. Die Technische Hochschule Darmstadt hat zur Verdeutlichung dessen, was in diesem Zusammenhang unter einem Rahmengesetz zu verstehen ist, dem Herrn Minister den Entwurf eines solchen im Anschluß an das zweite Arnoldshainer Gespräch vorgelegt. Darin heißt es unter anderem: „Die Hochschule gibt sich die ihren Aufgaben und ihrer Eigenart gemäße innere Ordnung selbst durch ihre Satzung. Die Satzung wird vom Senat beschlossen; sie bedarf der Bestätigung des Kultusministers.“

In dem zweiten Arnoldshainer Gespräch zwischen dem Herrn Kultusminister und den Vertretern der vier hessischen Hochschulen wurde von diesen nicht nur der Wunsch vorgebracht, das Gesetz von Einzelheiten zugunsten der Satzung zu entlasten, es wurde auch über die wichtigsten Paragraphen des zweiten Diskussionsentwurfs verhandelt. Hierbei traten Meinungsverschiedenheiten hauptsächlich in folgenden Punkten auf:

1. Soll eine scharfe Trennung zwischen akademischer und staatlicher Verwaltung (wie gegenwärtig in Darmstadt) beibehalten, oder soll eine Einheitsverwaltung geschaffen werden?

2. Sollen der Rektor und die Dekane oder der Senat und die Fakultäten die Verantwortung dafür tragen, daß die Hochschulen ihre Aufgaben erfüllen?

3. Durch welche gesetzlichen Maßnahmen soll die Kontinuität in der Führung des Rektorats verwirklicht werden?

4. Wie soll die Dauer der Vorlesungszeit bemessen werden, damit Forschung und Lehre in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen?

5. Wie soll das Recht des Ministers ausgestaltet werden, Berufungen auch unabhängig von einem Berufungsvorschlag auszusprechen (Oktroirecht)?

6. Welchen rechtlichen Status soll die Studentenschaft erhalten?

7. In welchem Umfang sollen die Studenten und die nicht habilitierten wissenschaftlichen Mitarbeiter an den Selbstverwaltungsaufgaben der Kollegialorgane beteiligt werden?

Zu diesen Punkten ist im einzelnen folgendes zu sagen:

1. Die Hochschulen haben entgegen der ursprünglich von dem Herrn Minister vorgeschlagenen „dualistischen“ Verwaltungsstruktur (strenge Trennung der vom Rektor geführten akademischen Verwaltung und der vom Verwaltungsdirektor geleiteten Wirtschafts- und Personalverwaltung) eine „Integrierung“ des Kanzlers in die Hochschule gewünscht; das würde u. a. bedeuten, daß der Kanzler dem Senat als stimmberechtigtes Mitglied angehört. Von einer unmittelbaren staatlichen Verwaltung der Hochschule wäre dann nicht mehr die Rede, vielmehr würde der Kanzler als das zuständige Hochschulorgan die Verwaltung der Wirtschafts- und Personalangelegenheiten im Auftrage des Landes führen (Auftragsverwaltung). Der Minister hat zwar in seinem Entwurf sowohl die Wirtschafts- und Personalangelegenheiten wie die akademischen Angelegenheiten dem Kanzler zugewiesen, der Kanzler soll jedoch gegenüber dem Kultusminister weisungsgebunden sein und das Recht besitzen, „einen Beschluß des Verwaltungsrats zu beanstanden, wenn der Beschluß rechtswidrig oder unzweckmäßig ist.“ „Die Beanstandung hat aufschiebende Wirkung. Sie ist unverzüglich ... dem Minister zur Entscheidung vorzulegen...“ (§ 21 Abs. 5). Diese Regelung der Kompetenzen des Kanzlers entspricht jedoch in keiner Weise der von den Hochschulen angestrebten Integrierung des Kanzlers in die Hochschule.

2. Der Gesetzentwurf belädt den Rektor mit der Verantwortung für das Zusammenwirken der Angehörigen des Lehrkörpers und die Dekane mit der Verantwortung für die Erfüllung der Lehrverpflichtungen der Angehörigen des Lehrkörpers (§ 14, 17). Nach Ansicht der Hochschulen können die Träger dieser Verantwortungen aber nur die kollegialen Gremien – Senat und Fakultäten – sein.

3. § 14 legt in Abs. 8 (nach einer bis 1972 reichenden Übergangszeit) die Amtsdauer des Rektors bindend auf vier Jahre fest. Die Hochschulen haben für die Sicherung der Kontinuität der Amtsführung des Rektors verschiedene Möglichkeiten vorgeschlagen, deren Festlegung jeweils der Satzung vorbehalten bleiben sollte. Beispiele derartiger Lösungen sind: ein 2-jähriges Rektorat mit anschließendem 2-jährigem Prorektorat, oder die in Gießen praktizierte: 1 Jahr Rektor designatus, 1 Jahr amtierender Rektor, 1 Jahr Prorektor, oder die Rektoratsführung der soeben gegrün-

deten Medizinischen Akademie Hannover, wo derselbe Hochschullehrer zunächst ein Jahr als Prorektor, sodann zwei Jahre als Rektor und noch einmal ein Jahr als Prorektor amtiert. Lösungen dieser Art ermöglichen es auch Naturwissenschaftlern, Technikern oder Medizinern, das Amt des Rektors zu übernehmen, ohne daß sie sich ihrer wissenschaftlichen Arbeit zu sehr entfremden.

4. § 11 lautet: „Die Vorlesungszeit dauert im Sommer- und Wintersemester je vier Monate. Der Kultusminister bestimmt Beginn und Ende der Vorlesungszeit.“ Bei diesem Paragraphen verkennt die Landesregierung, daß nicht nur den Professoren genügend Zeit für die ihnen auferlegte Forschung bleiben muß, sondern daß auch die Studenten für Prüfung, für die gründliche Durcharbeitung des Vorlesungsstoffes, für Wiederholungen und die Examensvorbereitung, für Exkursionen und zusammenhängende, außerhalb des Semesters gehaltene Kurse die vorlesungsfreie Zeit benötigen. (§ 11 soll allerdings erst in Kraft gesetzt werden, „sobald sich eine entsprechende Regelung in möglichst allen Bundesländern abzeichnet.“)
5. Die Hochschulen teilen durchaus die Auffassung des Ministers, daß er durch eine eigene Berufung eingreifen kann, falls innerhalb einer bestimmten Frist von den Fakultäten Berufungslisten nicht vorgelegt werden. Die Hochschulen lehnen aber ein Berufungsrecht trotz vorgelegter Berufungslisten ab, wie es in § 24 Abs. 5 vorgesehen ist: „Der Kultusminister kann eine von der Fakultät nicht vorgeschlagene Person berufen. Der Kultusminister hat vor der Erteilung des Rufes der Fakultät Gelegenheit zur Stellungnahme über die Eignung der in Aussicht genommenen Persönlichkeit zu geben.“ Mit dem in dieser Weise fixierten Oktroi-Recht des Ministers ist die Gefahr der Politisierung und Konfessionalisierung der Hochschulen gegeben.
6. Den deutschen wissenschaftlichen Hochschulen ist es wesenseigen, daß Professoren und Studenten eine Gemeinschaft von Lehrenden und Forschenden bilden. Dem würde allein die rechtliche Ausgestaltung der Studentenschaft als einer rechtsfähigen Gliedkörperschaft der Körperschaft Hochschule entsprechen. § 31 Abs. 2 der Gesetzesvorlage lautet jedoch: „Die Studentenschaft bildet innerhalb der Hochschule eine rechtsfähige Körperschaft des öffentlichen Rechts“. Diese Konstruktion einer selbständigen rechtsfähigen Körperschaft „Studentenschaft“ in der Körperschaft „Hochschule“ ist ein Widerspruch in sich.
7. Wenn die studentischen Vertreter nicht nur ständige Senats- und Fakultätsmitglieder sein, sondern auch allen Senats- und Fakultätskommissionen angehören sollen (wie es § 33 mit einigen Ausnahmen vorsieht), so ist zunächst zu fragen, warum nicht auch die Wissenschaftsbeamten des Mittelbaues und die Assistenten in den Kollegialorganen ständig vertreten sein sollen, zumal diese in vieler Hinsicht wohl sachkundiger sein dürfen. Es handelt sich bei der Beteiligung an der akademischen Selbstverwaltung ja doch nicht um eine Interessenvertretung, sondern um die Mitarbeit Sachverständiger. Die Professoren können aus Erfahrung bei der Arbeit in den akademischen Selbstverwaltungs-gremien, zu der sie verpflichtet sind, die Versicherung abgeben, daß die zur Behandlung stehenden Fragen und Aufgaben der Kollegialorgane und der Kommissionen zum großen Teil für den Studenten völlig uninteressant und belanglos sind und daß die Studentenschaftsvertreter zu ihnen nicht das Geringste beitragen könnten. Die Professoren sind deswegen der Überzeugung, daß die Mitarbeit der Studenten an der akademischen Selbstverwaltung nur in dem Umfang sinnvoll ist, in dem auch andere Personengruppen der Hochschule zur Mitwirkung herangezogen werden, näm-

lich nur dann, wenn deren Angelegenheit zur Sprache kommt.

Die Satzung der THD vom 30. Juni 1960 sieht folgende Regelung vor: In den Fakultätssitzungen nehmen an der Behandlung von Fragen, die die Studentenschaft unmittelbar berühren, der Fachschaftsleiter und ein weiterer Vertreter der Studentenschaft mit Stimmrecht teil, § 20 Abs. 5. Vor jeder Sitzung des Großen und des Kleinen Senats bespricht auf Wunsch des Vorstandes des AstA der Rektor mit ihm die Tagesordnung. Dabei wird dann auch festgelegt, an welchen Tagesordnungspunkten die Studentenschaftsvertreter beratend teilnehmen. Diese Regelung hat sich bisher bestens bewährt.

Zur Überraschung der Hochschulvertreter geht aus der Begründung der Regierungsvorlage hervor, daß es die Einrichtung des Rechtsrats künftig nicht mehr geben soll. Bei den Verhandlungen über den Gesetzentwurf war hiervon nie die Rede gewesen. Dieses Amt wird stets von einem älteren lebenserfahrenen Juristen wahrgenommen, der weder dem Lehrkörper noch der Hochschulverwaltung angehört, weil er nur dann diejenige Distanz besitzt, die ein Rechtsberater haben muß, um objektiv urteilen und in gleicher Weise Studenten wie Professoren helfen zu können. Das Fehlen eines Rechtsrats würde sich besonders nachteilig gerade für die Studenten auswirken.

Der Kultusminister wollte mit seinem Gesetz eine Reform der Hochschule einleiten. Die Hochschulen hatten jedoch ihrerseits keineswegs gewartet, bis der Minister mit seinem Entwurf auf den Plan trat, sondern durch die Ausarbeitung moderner Satzungen, durch die Aufstellung neuer Studienpläne und Prüfungsordnungen wesentliche Reformarbeit geleistet, ohne davon in der Öffentlichkeit Aufhebens zu machen. Unter Reformen verstehen allerdings die Hochschulen andere Maßnahmen als die, die der Minister für solche hält, z.B. Maßnahmen der Art, wie sie der Wissenschaftsrat in seinen Empfehlungen vorgeschlagen hat. Man muß sich wohl fragen, weshalb der Wissenschaftsrat, von dem so wesentliche Impulse für eine wirksame Hochschulreform ausgehen, die Vorschläge des Herrn Ministers nicht in seinen Empfehlungen vorgehen hat. Doch offenbar deswegen, weil dieses Gremium Maßnahmen dieser Art nicht für geeignete Reformen hält. Die hochbedeutsamen Reformempfehlungen des Wissenschaftsrates, an denen paritätisch erfahrene Hochschulprofessoren und Ministerbeamtete zusammen gearbeitet haben, sind zu bekannt, als daß sie an dieser Stelle erörtert werden müßten. Auch die Darmstädter Technische Hochschule ist aufgrund dieser Empfehlungen durch die Hessische Regierung entscheidend im Sinne einer echten Reform gefördert worden.

Hinzu kommen aber Reformen, die sich innerhalb der Hochschule vollzogen haben. Die studentischen Fachschaftsvertreter, die in den letzten Jahren an den neuen Lehrplänen und Prüfungsordnungen mitarbeiteten, wissen, daß diese Art der Studienreform überhaupt das Kern- und Herzstück einer Hochschulreform, die nie zu einem Ende gelangt, insbesondere nicht in unserer schnelllebigen Zeit! Hochschulreform in diesem Sinne heißt beständige Anpassung an sich unablässig wandelnde Gegebenheiten. Insofern ist ein Gesetz, das, einmal erlassen, nicht leicht abgeändert werden kann, kein geeignetes Instrument zur Verwirklichung von Reformen.

Vordringliches Ziel der Hochschulreform ist die Verkürzung des Studiums. Wenn die im Bereich von Regierung und Hochschule liegenden Möglichkeiten zu Reformen verwirklicht werden, — nämlich 1. Bereitstellung genügender Lehrkräfte, 2. Bereitstellung von genügend Hörsaal- und Laboratoriumsplätzen, 3. sinnvolle, zweckmäßige Ordnung der Lehrpläne — wird dann die Studierendauer kürzer werden? Das ist eine Frage, die die Studenten zu beantworten haben.

Hartmut Bauer

## Das schöne neue Auto

Es ist zu dumm. Ich wollte was erzählen, was mit Schütte und so, was Ernstes. Aber im Augenblick komme ich einfach nicht drauf, wie das war. So erzähl ich am besten die Sache mit Egon und Herrn Schnirpelmann. Vielleicht sollte ich dazu sagen, daß Egon in Wirklichkeit nicht Egon heißt, und Herr Schnirpelmann heißt natürlich auch viel besser. Es sei nur verraten, daß Herr Schnirpelmann in der Autoritätsskala des kleinen Mannes von der Straße ganz oben rangiert und Egon weit unten. Aber das interessiert wahrscheinlich nicht weiter.

Egon und Herr Schnirpelmann fuhren zusammen ein Auto. Zwar hatte es immer treu und brav seine Pflicht getan, aber jetzt war es alt und klapprig. Die neuen Autos waren einfach besser. Herr Schnirpelmann behauptete zwar immer, die gute alte Vorkriegsqualität sei durch nichts zu ersetzen, aber das war wohl ein wenig Einbildung. Um es kurz zu machen – das alte Auto war heute nur noch gut genug für ein Schnauferltreffen oder für einen Ehrenplatz im Museum.

Im Grunde genommen waren sich Egon und Herr Schnirpelmann einig, daß sie langsam an ein neues denken mußten. Nur, wie sollte es aussehen? Egon wollte ein ganz modernes, das ein gute Weile halten würde. Herr Schnirpelmann jedoch mißtraute dem neumodischen Kram; er wollte lieber eines, das sich schon bewährt hatte. Egon sagte, dann laufe man Gefahr, daß es schon wieder veraltet sei, wenn man es anschaffe. Aber Herr Schnirpelmann wollte nicht das geringste Risiko eingehen. Er meinte, dann führe er lieber weiter mit dem alten, da wisse er, was er habe.

Inzwischen hatte Ernst erfahren, daß die beiden ein neues Auto brauchten. Ernst galt in einschlägigen Kreisen als Geheimtip, was Autos betraf. Er rief die beiden also an und fragte vorsichtig, was denn ihr Auto mache. Er erhielt die Antwort, die er schon kannte: die beiden brauchten unbedingt ein neues. Ernst fragte behutsam, an was sie denn so gedacht hätten. Egon sagte, er wolle ein modernes. Herr Schnirpelmann sagte, er wolle ein bewährtes. Ernst sagte nur: „Aha“. Dann fragte er die beiden noch ein bißchen aus und sagte schließlich, er wolle mal sehen, was da zu machen sei, und er lasse von sich hören.

In der Folgezeit versuchten Egon und Herr Schnirpelmann, Ernst heimlich davon zu überzeugen, daß jeweils ihre Wünsche vordringlicher seien. Aber Ernst dankte nur unverbindlich für die Vorschläge und schwieg sich aus. Eines Tages war es dann soweit. Egon und Herr Schnirpelmann machten sich auf den Weg zu dem Betrieb, wo Ernst sie mit dem neuen Auto erwartete. Beide hatten ein bißchen Herzklopfen, sie wußten ja nicht, was es geben würde.

Ernst empfing sie am Eingang. Nach dem Austausch der Höflichkeiten wies er auf eine verschlossene Garage. „Da entlang, bitte, bitte“, sagte er. Aber schon ergaben sich die ersten Schwierigkeiten. Bei jedem der im Hof abgestellten Gebrauchtwagen blieb Herr Schnirpelmann stehen und brach in Entzückungsschreie aus. „Genau das hatte ich im Auge!“ so jubelte er. Ernst und Egon mußten all ihre Überredungskunst aufbieten, um sich Schritt für Schritt der verschlossenen Garage zu nähern. Als sie endlich an der Tür angelangt waren, hatte Ernst Schweiß-

tropfen auf der Stirn; Egon machte ein verbissenes Gesicht, und Herr Schnirpelmann hatte Tränen in den Augen.

Ernst schloß bedächtig die Tür auf und machte eine einladende Bewegung. Und da stand es, das neue Auto! Egon bekam ganz runde Augen und sagte bewundernd: „Oh“. Herr Schnirpelmann schaute einmal, dann noch einmal – als ob er sich vergewissern wollte, daß ihn seine Augen nicht trügen. Schließlich holte er tief Luft und sagte entsetzt: „Um Gottes Willen.“ Dann war es eine Zeitlang still. Ernst brach die bedeutungsschwangere Ruhe mit einem Räuspern und sagte: „Ich habe mich bemüht, das Beste für Sie zu besorgen.“ „Aber...“ Herr Schnirpelmann rang sichtlich um Fassung, „aber das ist ja ein unmögliches Auto, sachlich verfehlt und dilettantisch!“ Ernst versuchte ihn zu beschwichtigen und fragte ihn, was ihm denn nicht passe. Aber vorläufig konnte man mit Herrn Schnirpelmann nicht vernünftig reden. Er jammerte und zeterte: „Da muß ich einstimmig protestieren!“ Und schließlich drohte er sogar, er werde sich an die Öffentlichkeit wenden. Dabei war ihm selbst nicht ganz wohl, denn das war sonst nicht seine Art.

Während sich Ernst und Herr Schnirpelmann zankten, stand Egon da, konnte sich nicht sattsehen und sagte immer wieder: „Oh wie schön“. Gottseidank war Herr Schnirpelmann nicht mehr der Jüngste, so daß ihm bald die Puste ausging. Am liebsten hätte er einfach weitergeschimpft. Aber dazu fehlte ihm jetzt die Luft. Außerdem konnten Ernst und Egon kaum noch ein Lächeln unterdrücken. Man muß sich das einmal vorstellen: Herr Schnirpelmann steht da und lärmt wie ein Rohrspatz. Wer hätte das von Herrn Schnirpelmann gedacht!

Nachdem Ernst und Egon behutsam auf ihn eingeredet hatten, beruhigte er sich allmählich. Noch immer schnaufend, meinte er, ein Kabriolet komme für ihn sowieso nicht in Frage. „Aber Herr Schnirpelmann“, warf Egon ein, „ein bißchen frische Luft kann uns nichts schaden“. Herr Schnirpelmann antwortete, bei seinem Gesundheitszustand könne er sich das nicht leisten. Egon hatte sich inzwischen gebückt und unter das Auto geschaut. „Selbsttragende Karosserie“, stellte er fest. Herr Schnirpelmann schnappte, ein steifer Rahmen wäre besser. „So ein Rahmen bringt Gewicht, der macht das Auto nur schwerfällig“, belehrte ihn Ernst. Egon hatte derweil etwas Neues entdeckt: „Einzeln aufgehängte Räder“. Woraufhin Herr Schnirpelmann begann, die Vorzüge der Starrachse aufzuzählen. Ernst sagte nur, Starrachsen taugten nichts für schlechte Straßen; wie man ja wisse, komme das Auto dann leicht aus der Spur.

Egon hatte sich wieder aufgerichtet. „Wie steht es mit dem Motor?“ wollte er wissen. Der Motor sei eine moderne Konstruktion, kurzhubig, drehfreudig und leistungsstark, antwortete Ernst. Dazu komme das automatische Getriebe. Fassungslos hörte Herr Schnirpelmann zu. Dann sagte er bestürzt, der Fahrer brauche demnach eine lange Eingewöhnungszeit. „Nun ja“, sagte Ernst, „wenn man alles aus dem Wagen herausholen will, dann braucht man notgedrungen einen Fahrer, der das Fahrzeug wirklich kennt.“ Herr Schnirpelmann schüttelte den Kopf. Das paßte ihm nicht, und er verstand es auch nicht.

Inzwischen inspizierte Egon den Innenraum des Wagens. „Der Beifahrersitz ist prima“, strahlte er, „darf ich mich reinsetzen?“ Ohne eine Antwort abzuwarten, tat er es. Er räkelte sich ein wenig, dann sagte er: „Endlich mal ein Sitz, der mir wie auf den Leib geschneidert ist.“ Weil Herr Schnirpelmann schon wieder ganz böse schaute, fragte er Ernst schnell nach dem Preis des Autos. Der antwortete, da solle er sich keine Gedanken machen, außerdem nehme er das alte in Zahlung. Herr Schnirpelmann brütete schon ein Weilchen vor sich hin. Schließlich streckte er seinen Zeigefinger vor, als wolle er Ernst erstechen, und fragte: „Und wie ist es mit dem Kundendienst, mit Ersatzteilen?“ Egon grinste und dachte: „In Wirklichkeit will er sich sogar vor der technischen Überwachung drücken.“ Ernst lächelte: „Da brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen. Zwar gibt es so ein Auto in Deutschland noch nicht, aber es ist ziemlich sicher, daß es demnächst in Serie gebaut wird. Grundsätzlich ist es natürlich wartungsfrei. Falls Sie wirklich mal Ersatzteile brauchen, müssen Sie sich selbst drum

kümmern. Nur wenn Sie keine auftreiben können, dann beschaffe ich die Ihnen, damit das Auto nicht zulange liegenbleibt.“ Herr Schnirpelmann hatte offenen Mundes zugehört. Er holte tief Luft und donnerte, das sei Dirigismus, das lasse er sich nicht gefallen. Er war furchtbar aufgebracht.

Beinahe wäre es zwischen Ernst und Herrn Schnirpelmann zu offenen Tätlichkeiten gekommen, so gereizt waren sie. Um das Allerschlimmste zu verhindern, versuchte Egon, die beiden mit einer Frage abzulenken: „Wie hoch ist denn der Benzinverbrauch?“ Ernst zögerte, es bereitete ihm Mühe, wieder umzuschalten. Dann antwortete er: „Sie wollen ja beide einen schnellen Wagen. Deshalb müssen Sie im Sommer mit ein paar Litern mehr rechnen.“ Die beiden hörten verdutzt zu. Egon sagte, dann müsse er sich das aber noch gründlich überlegen; Herr Schnirpelmann sagte, das sei nun der Gipfel. Beide verließen eilig den Raum. Zurück blieb ein nachdenklicher Ernst und das schöne neue Auto...

## Die Meinung der Studenten

### Dokumentation

Hans-Joachim Pfaffendorf

#### Aspekte

- 1) Die Bemühungen der hessischen Studentenschaften, die Probleme der Hochschulgesetzgebung gemeinsam mit den Rektoren zu diskutieren, sind in den Jahren 1962 bis 1964 am Widerstand der Landesrektorenkonferenz gescheitert.
- 2) Das einzige Gespräch beider Seiten auf Landesebene im Jahre 1965 ist durch die unnachgiebige Haltung der Landesrektorenkonferenz ergebnislos verlaufen.
- 3) Erst durch die Formulierungshilfen der hessischen Rektoren ist dieser unrealistische Standpunkt teilweise revidiert worden.
- 4) Die Formulierungshilfen sind den Studentenschaften erst nach Abschluß der Kabinettsberatungen zugänglich gemacht worden.
- 5) Die Vorschläge der hessischen Studentenschaften sind im Kultusministerium geprüft und in wesentlichen Punkten akzeptiert worden.
- 6) Aus der partiellen Übereinstimmung zwischen Kultusministerium und Studentenschaften einen „Verrat“ an der Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden herzuleiten, ist unverständlich.
- 7) Diese Gemeinschaft wird allerdings in Frage gestellt, wenn Rektorenvorschläge zum Hochschulgesetz vor Studentenschaftsvertretern geheimgehalten und die Diskussionen über die Entwürfe in den Senaten und Fakultäten der hessischen Hochschulen unter Ausschuß der Studenten geführt werden.
- 8) Die getrennten Beratungen des Kultusministers mit Rektoren und Studentenschaftsvertretern resultieren aus der traditionellen Ablehnung der Professoren gegenüber einer generellen studentischen Mitwirkung.

#### Wie es anfang

Vertreter der Studentenschaft sind seit Anfang 1962 an den Beratungen eines hessischen Hochschulgesetzes im Kultusministerium beteiligt worden. In den Jahren 1959 bis 1961 hatten bereits Gespräche zwischen Kultusminister Professor Dr. Schütte und den hessischen Rektoren sowie weiteren Hochschullehrern stattgefunden. Ministerialdirigent Professor Dr. Heckel vom Kultusministerium empfing am 3. April 1962 den Vorstand des Landesverbandes Hessen des Verbandes Deutscher Studentenschaften zu einer Aussprache über hochschulrechtliche Probleme und nahm dessen Vorschläge zum Abschnitt „Studentenschaft“ für ein hessisches Hochschulgesetz entgegen. Diese Vorschläge sahen insbesondere die Verleihung der Rechtsfähigkeit an alle hessischen Studentenschaften, die Zuweisung konkreter Aufgaben, Satzungsautonomie, Beitragshoheit und eine genaue Abgrenzung der Beteiligung von Studentenschaftsvertretern an Senats- und Fakultätsitzungen vor. Damit wurde im wesentlichen eine Rechtsvereinheitlichung auf der Grundlage des geltenden Hessischen Gesetzes über die Bildung von Studentenschaften vom 28. April 1933 i.d.F. des Gesetzes zur Bereinigung des Hessischen Landesrechts vom 6. Februar 1962 angestrebt. Bereits in diesem Stadium der Gespräche legten die Studentenschaftsvertreter Wert darauf, das Studentenschaftsrecht im Rahmen eines Hochschulgesetzes neu zu regeln. Minister Schütte hatte am 16. Februar 1962 mit den Rektoren die Bildung einer Hochschulrechtskommission vereinbart, der vier Professoren, zwei Verwaltungsdirektoren, zwei Studenten und zahlreiche Vertreter des Kultus-, Finanz- und Justizministeriums angehörten. Die hessischen Studentenschaften entsandten in diese Kom-

mission cand. jur. Hartmut Rotter (Frankfurt) und cand. jur. Hans-Joachim Pfaffendorf (Marburg). Diskussionsgrundlage der Kommissionsberatungen bildete ein Referentenentwurf des Kultusministeriums, der den Studentenschaftsvertretern bereits am 3. April 1962 mit einer umfangreichen Begründung überreicht wurde. Die hessischen Rektoren leiteten dem Ministerium im Februar 1962 einen eigenen Entwurf zu. Sowohl der Marburger Rektor Professor Dr. Böhme als auch der Vorsitzende der Landesrektorenkonferenz, Professor Dr. Neumark (Frankfurt), weigerten sich ausdrücklich, den beiden studentischen Kommissionsmitgliedern diesen Gegenentwurf auszuhändigen, so daß er ihnen bei der ersten gemeinsamen Beratung am 27. Juni 1962 nicht vorlag. Die Studenten konnten daher nur unter Schwierigkeiten dem Gang der Verhandlungen folgen. Erst auf Drängen des Kultusministeriums wurde den Studenten am 19. Juli 1962 ein (!) Exemplar des Rektorenentwurfes überlassen. Am 23. Juli 1962 tagte die Hochschulrechtskommission zum zweiten Male; eine für den 25. Oktober 1962 vorgesehene dritte Sitzung sagte Kultusminister Professor Dr. Schütte ab, um das Hochschulgesetz aus den wahlpolitischen Diskussionen (Landtagswahl) herauszuhalten. Auf Einladung des Gießener Kanzlers Köhler fand am 18. Juli 1962 ein Meinungsaustausch zwischen den vier Verwaltungsdirektoren und Studentenschaftsvertretern über das geplante Hochschulgesetz statt. Wiederholt suchten Vertreter der Studentenschaft den Vorsitzenden der Hochschulrechtskommission der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Professor Dr. Reinhardt (Marburg), auf, um mit ihm den Fragenkomplex „Studentenschaftsrecht“ zu erörtern.

Aufgrund der zahlreichen Besprechungen überarbeitete der VDS-Landesverband Hessen seine Vorschläge zum Studentenschaftsrecht und leitete sie am 5. Oktober 1962 den Kommissionsmitgliedern zu. Auf einem Seminar in Marburg Ende November 1962, an dem auch Professor Dr. Reinhardt und der Marburger Verwaltungsdirektor Zingel teilnahmen, waren diese Vorschläge Gegenstand eingehender Beratungen.

Von entscheidender Bedeutung für den weiteren Verlauf der Diskussion um ein hessisches Hochschulgesetz war die **Regierungserklärung des Hessischen Ministerpräsidenten Dr. Zinn** vom 30. Januar 1963. Während bisher nur eine Vereinheitlichung des hessischen Hochschul- und Studentenschaftsrechts angestrebt wurde, betonte nunmehr Dr. Zinn, das geplante Gesetz solle darüber hinaus der Hochschulreform den Weg bereiten. Die Landesregierung wolle deshalb die Vorlage eines Gesetzentwurfes zunächst zurückstellen. Am 20. Februar 1963 wies Minister Schütte im Hessischen Landtag darauf hin, daß er die Ergebnisse der durch die Empfehlungen des Wissenschaftsrates vorangetriebenen Reformdiskussion abwarten wolle.

In verschiedenen Schreiben und Verlautbarungen kritisierte der Landesverband Hessen des Verbandes Deutscher Studentenschaften nachdrücklich, daß Kultusminister Professor Dr. Schütte die Vorlage eines Hochschulgesetzes im Landtag zurückgestellt hatte. Die Studentenschaften drängten auf eine baldige Wiederaufnahme der Beratungen in der Hochschulrechtskommission des Kultusministeriums.

#### Bescheidene Wünsche

Am 9. Februar 1963 beschloß die Landesrektorenkonferenz in Gießen, die Vorschläge der hessischen Studentenschaften zum Hochschulgesetz nicht als Verhandlungsgrundlage zu akzeptieren und die Senate der Hochschulen nach Möglichkeit auf diese Ablehnung festzu-

legen. Nur der Frankfurter Rektor Professor Dr. Artelt vertrat aufgrund eines Gutachtens des Ordinarius für Öffentliches Recht, Professor Dr. Mallmann, eine Ansicht, die weitgehend den Vorstellungen der hessischen Studentenschaften entsprach. Der Frankfurter Senat bestätigte in voller Kenntnis der gegenteiligen Auffassung der anderen hessischen Hochschulen diese Haltung des Rektors. Er faßte am 26. Juni 1963 den Beschluß, daß der Studentenschaft die Rechtsfähigkeit zuerkannt werden müsse. Da der ablehnende Mehrheitsbeschluß der Landesrektorenkonferenz in Gießen ohne Anhörung von Studentenschaftsvertretern zustande gekommen war, bat der VDS-Landesverbandsvorsitzende Helmut Schramm (Darmstadt) am 9. April 1963 den Vorsitzenden der Landesrektorenkonferenz, Professor Dr. Mosebach (Gießen), eine gemeinsame Besprechung der Rektoren und der Vertreter der Studentenschaft anzuberaumen. Eine Antwort auf dieses Schreiben erhielt er freilich nicht. Auch ein Brief des damaligen stellv. VDS-Landesvorsitzenden Pfaffendorf an den Marburger Rektor Professor D. Niebergall vom 7. Juni 1963 in der gleichen Angelegenheit blieb unbeantwortet. In den folgenden Monaten griff der Vorstand der hessischen Studentenschaften einen Vorschlag des Frankfurter Rektors Professor Dr. Artelt vom 5. April 1963 auf, eine ausführliche schriftliche Begründung seiner Vorstellungen zum Studentenschaftsrecht vorzulegen. Im Oktober 1963 erschien eine von den fünf hessischen Studentenschaften gebilligte und unterzeichnete Broschüre zur Hochschulgesetzgebung, die allen beteiligten Stellen zugeleitet wurde. Mit der Landesregierung und mit Abgeordneten der verschiedenen Parteien des Hessischen Landtages konnten darüber eingehende Gespräche geführt werden. Ministerpräsident Dr. Zinn und Kultusminister Professor Dr. Schütte empfingen am 6. Dezember 1963 in Marburg den VDS-Landesvorsitzenden Hans-Joachim Pfaffendorf und die hessischen AStA-Vorsitzenden zu einer Unterredung und sicherten dabei eine weitgehende Berücksichtigung dieser Vorschläge in einem künftigen Hochschulgesetz zu. Ferner betonte Minister Schütte in dieser Besprechung, daß er beabsichtige, noch in dieser Legislaturperiode dem Hessischen Landtag ein Hochschulgesetz zur Verabschiedung vorzulegen. Weniger geeignet, eine Diskussion in Gang zu bringen, war die Reaktion der hessischen Rektoren. Der Vorsitzende der Landesrektorenkonferenz, Professor D. Niebergall, beschränkte sich darauf, am 24. Oktober 1963 den Eingang der Broschüre zu bestätigen. Die Rektoren in Gießen, Frankfurt und Darmstadt antworteten überhaupt nicht.

Der Hessische Rundfunk dagegen bezeichnete in einer Sendung am 7. November 1963 die Wünsche der Studentenschaft als derart bescheiden, daß ihnen alle Fraktionen des Landtages ohne Bedenken zustimmen könnten.

Im Jahre 1963 haben selbstverständlich auch Gespräche zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Kultusminister auf der einen Seite sowie Rektoren und weiteren hessischen Hochschullehrern auf der anderen Seite stattgefunden. Über Daten und Ergebnisse dieser Besprechungen kann hier allerdings nichts gesagt werden.

In der ersten Hälfte des Jahres 1964 fanden im Kultusministerium interne Beratungen unter Ausschluß der Betroffenen statt, um eine neue Konzeption für ein Hochschulgesetz zu erarbeiten, da sich herausgestellt hatte, daß die bisherigen Entwürfe den Notwendigkeiten einer Hochschulreform nicht in genügendem Ausmaß Rechnung trugen. Ferner wurde das in der Bundesrepublik geltende Hochschulrecht synoptisch erfaßt.

Am 23. und 24. Mai 1964 trafen sich in Arnoldshain die hessischen Rektoren und weitere Hochschullehrer mit Vertretern des Kultusministeriums zu einem Gespräch über Fragen der Hochschulreform, insbesondere der Studien-

reform einschließlich der Studienzeiterkürzung. Einen Monat später am 22. Juni 1964 empfing Kultusminister Professor Dr. Schütte den neugewählten Vorstand der hessischen Studentenschaften in Wiesbaden und bat die Studentenvertreter, sich mit den im Rahmen einer Hochschulreform anstehenden Fragen der Strukturveränderung der Gesamthochschule intensiv zu befassen und geeignete Vorschläge zu unterbreiten. Daran schloß sich am 22. Juli 1964 ein Meinungsaustausch zwischen dem Vorsitzenden der Landesrektorenkonferenz Professor D. Niebergall und dem VDS-Landesvorsitzenden Pfaffendorf an. Im Mittelpunkt dieser Besprechung stand die Absicht des Hessischen Kultusministers, möglichst noch im Jahre 1964 dem Hessischen Landtag einen Hochschulgesetzentwurf vorzulegen. Außerdem wurden verschiedene Probleme einer künftigen Hochschulreform erörtert.

**Professoren halten Zusagen nicht ein**

Am 29. September 1964 überreichte Minister Schütte in Wiesbaden den hessischen Rektoren und am 30. September 1964 dem Vorstand der hessischen Studentenschaften die Leitlinien für die Formulierung eines hessischen Hochschulgesetzentwurfes. Diese Leitlinien wurden in der Zeit bis zum 12. Oktober 1964 in einen Gesetzestext übertragen und als Diskussionsentwurf I den Rektoren, Verwaltungsdirektoren und Studentenvertretungen zugeleitet.

Kurz nach seinem Amsantritt am 15. Oktober 1964 wurde der neue Marburger Rektor Professor Dr. Hensel vom Hessischen Ministerpräsidenten Dr. Zinn empfangen und gebeten, Vorschläge der Philipps-Universität für ein Hochschulgesetz zu unterbreiten. Magnifizenz Hensel sagte zu, in spätestens drei Monaten einen Hochschulgesetzentwurf der Marburger Professoren vorzulegen. Diese Zusage ist allerdings nicht eingehalten worden.

Der Hessische Kultusminister und seine Mitarbeiter trafen sich am 21. Oktober 1964 mit den Rektoren, Verwaltungsdirektoren und weiteren Hochschullehrern erneut in Arnoldshain, um Besprechungen über den Diskussionsentwurf I zu führen. In diesem zweiten Arnoldshainer Gespräch wurde eine Kommission gebildet, die die Einzelheiten des vorgelegten Diskussionsentwurfes besprechen sollte. Dieser Kommission gehörten Hochschullehrer, Verwaltungsdirektoren und Vertreter der beteiligten Ministerien an. Die Rektoren hatten eine Teilnahme ausdrücklich abgelehnt, um später nicht an durch sie miterarbeitete Ergebnisse der Kommissionsberatungen gebunden zu sein. Allerdings waren die Professoren, die an den Kommissionsbesprechungen teilnahmen, von den hessischen Rek-

toren benannt worden. Die Kommission, die zweimal unter Vorsitz des Kultusministers zusammentrat und die ihre Arbeit Ende des Jahres 1964 abschloß, tagte ohne die Vertreter der Studentenschaft. Der Vorstand des Landesverbandes Hessen des Verbandes Deutscher Studentenschaften hatte allerdings Gelegenheit, dem Hessischen Kultusminister die Vorstellungen der hessischen Studentenschaften zum Diskussionsentwurf I in zwei Unterredungen am 5. November 1964 und am 5. Januar 1965 persönlich vorzutragen. Im übrigen wurden die studentischen Vorschläge dem Ministerium in einer schriftlichen Stellungnahme am 13. November 1964 übermittelt. In der zweiten Besprechung am 5. Januar 1965 konnte eine weitgehende Übereinstimmung zumindest in allen die Studentenschaft betreffenden Fragen festgestellt werden. VDS-Landesvorsitzender Pfaffendorf hatte sich am 2. Oktober 1964 erneut an den Vorsitzenden der Landesrektorenkonferenz gewandt und ihn gebeten, eine gemeinsame Besprechung zwischen Rektoren und Studentenschaftsvertretern einzuberufen, um den neuesten Stand der Vorbereitung eines hessischen Hochschulgesetzes zu diskutieren. Zu dieser ersten und bisher einzigen Zusammenkunft auf Landesebene zwischen Professoren und Studenten kam es am 6. Januar 1965 in Darmstadt. Obwohl die Tagesordnung einen Meinungsaustausch über den vorliegenden Gesetzentwurf vorsah, wurde lediglich die Rechtsstellung der Studentenschaft diskutiert. Eine Einigung konnte allerdings nicht erzielt werden, weil die Landesrektorenkonferenz darauf bestand, die Studentenschaften im Hochschulgesetz zu unselbständigen Gliedkörperschaften zu erklären. Diese Forderung war für die Studentenschaftsvertreter unannehmbar, da die Studentenschaften in Darmstadt und Gießen bereits seit längerer Zeit als rechtsfähige Körperschaften des öffentlichen Rechts bestehen und mit dieser Rechtskonstruktion gute Erfahrungen gemacht worden sind. Ferner wurde die gegenwärtige unterschiedliche Rechtslage der studentischen Beteiligung an der Hochschulselbstverwaltung besprochen. Die Frage, wie dieses Problem in einem Hochschulgesetz zu lösen sei, wurde vertagt, ohne daß es bisher zu einer weiteren gemeinsamen Unterredung zwischen Professoren und Studenten auf Landesebene gekommen ist. Vielmehr schloß sich an diese Sitzung ein Streit über ein recht einseitiges Protokoll an, das vom Rektorat der Technischen Hochschule Darmstadt erstellt worden war.

**Übereinstimmung zwischen Kultusministerium und Studenten**

Am 19. Januar 1965 legte Kultusminister Professor Dr. Schütte den Diskussionsentwurf Nr. II für ein hessisches Hochschulgesetz vor, der in allen Gremien der hessischen

Dipl.-Wirtsch.-Ing.  
**RUDOLF WELLNITZ**  
**Hochschulbuchhandlung**  
 Darmstadt, Lauteschlägerstr. 4  
 Direkt an der Hochschule  
**Technisches Antiquariat**  
 Darmstadt, Magdalenenstr. 19  
 Am Kraftwerk der TH

Dissertationen  
 Diplomarbeiten  
**Christa Oppel**  
 Schreib- u. Übersetzungsbüro  
 DARMSTADT  
 Parcusstraße 11  
 Telefon 76358

*»Reisebüro Darmstadt«*  
 SULZMANN UND MÖLLER  
 INHABER GEORG MÜLLER  
 Luisenplatz 1 - Fernruf: 70321 und 77282  
 Bahn - Flug - Schiff

Hochschulen und Studentenschaften lebhaft erörtert und ernsthaft geprüft wurde. Allerdings sind die Studentenschaftsvertreter an den vier hessischen Hochschulen von den Beratungen über diesen Entwurf in den Senaten und Fakultäten ausgeschlossen worden, weil das Hochschulgesetz zu dieser Zeit von den Hochschullehrern als eine „nicht-studentische Angelegenheit“ angesehen wurde. Die Studentenvertretungen haben dieser Auffassung einhellig widersprochen, jedoch ohne Erfolg.

Es folgte am 24. Februar 1965 die dritte Arnoldshainer Besprechung zwischen Kultusminister Professor Dr. Schütte und den Vertretern der beteiligten Ministerien sowie den hessischen Rektoren, weiteren Professoren und den Verwaltungsdirektoren. Über das Ergebnis dieser eintägigen Beratungen gehen die Meinungen der Beteiligten erheblich auseinander. Während das Kultusministerium lediglich die Vorstellungen der Professoren zum Diskussionsentwurf II kennenlernen und diese dem Kabinett zur Entscheidung vorlegen wollte, das im übrigen nach ministerieller Ansicht 90% der Anregungen der Hochschullehrer in den Gesetzentwurf aufgenommen hat, glaubten die Rektoren die Zusage des Kultusministers erhalten zu haben, daß alle ihre Vorschläge in der Kabinettsvorlage verwirklicht würden.

Einen Tag nach Arnoldshain III empfing Kultusminister Schütte die Vertreter der hessischen Studentenschaften zu einem abschließenden umfassenden Meinungsaustausch über die Vorschläge, die am 19. und 20. Februar 1965 dem Ministerium schriftlich übermittelt worden waren. Am 5. und 8. März 1965 besprach der Minister mit dem

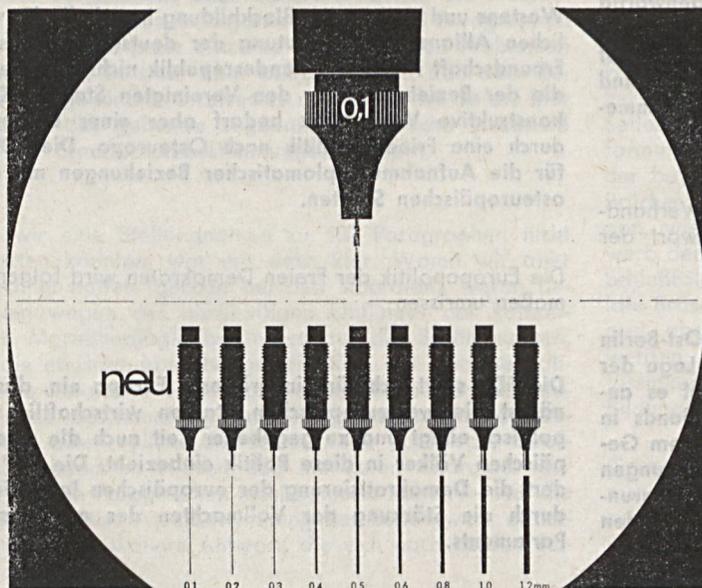
VDS-Landesvorsitzenden nochmals die im Entwurf vorgesehene Rechtsstellung der Studentenschaft.

Am 10. März 1965 überreichte der Vorsitzende der Landesrektorenkonferenz, Professor Dr. Küntzel (Darmstadt), dem Hessischen Kultusminister persönlich die sog. Formulierungshilfen zum zweiten Diskussionsentwurf. Diese Formulierungshilfen, die über die Forderungen der Professoren in Arnoldshain III hinausgehen, stellen die gemeinsamen Vorschläge der Senate der hessischen Hochschulen für ein Hochschulgesetz dar. In der gleichen Besprechung übergab Magnifizenz Küntzel im Auftrag des großen Senats der Technischen Hochschule Darmstadt dem Minister das Konzept für ein Hochschulrahmengesetz. Inhaltlich unterscheiden sich die beiden Entwürfe nach Auffassung von Magnifizenz Küntzel nur „sehr wenig“.

Sowohl in den Formulierungshilfen der hessischen Rektoren als auch in dem Darmstädter Hochschulrahmengesetzentwurf wird als Rechtsstellung der Studentenschaft die **rechtsfähige** Gliedkörperschaft der Hochschule vorgeschlagen. Zu diesem Kompromiß waren die Rektoren auf der Landesrektorenkonferenz am 6. Januar 1965 nicht bereit, so daß diese einzige gemeinsame Besprechung zwischen Professoren und Studenten auf Landesebene ergebnislos verlief.

Nach Abschluß der Beratungen mit Vertretern der Hochschullehrer und der Studenten befaßte sich am 16. März 1965 die Hessische Landesregierung mit dem Entwurf eines Hochschulgesetzes und fällte die Grundsatzentscheidungen, um dann am 27. April 1965 die jetzt vorliegende Kabinettsvorlage zu beschließen.

Ein echter Fortschritt:



**STAEDTLER**

**MARS-Tuschezeichner  
jetzt sogar  
für 0,1 mm-Linien**

Die Tuschezeichner  
MARS - 700 / MARS - 500

stehen Ihnen neuerdings  
auch für 0,1 mm-Linien  
zur Verfügung.

Sie können also nunmehr  
selbst bei so feinen Linien  
wie Maßlinien, Mittellinien  
und Schraffuren mit einem  
Röhrchen-Tuschezeichner  
arbeiten.

Fragen Sie Ihren Fach-  
händler oder schreiben  
Sie uns. Wir schicken  
Ihnen gern Informations-  
material über  
MARS-Tuschezeichner.



J. S. STAEDTLER  
MARS Bleistift- und Füllschreibgeräte-Fabrik  
85 Nürnberg 2, Postfach 2606

1696

# Monolog der Liberalen

Es geschehen noch Zeichen und Wunder. Nachdem der erste Anlauf zu einer Diskussion mit den deutschen Parteien über ihre Wählbarkeit (siehe dds Nr. 75, S. 14) zu einem gewaltigen Mißerfolg geworden war, entschlossen wir uns zu einem letzten Schritt: Wir wandten uns mit der dringenden Bitte um Beantwortung der Fragen an die Herren Parteivorsitzenden Dr. Adenauer, Dr. Mende und Bürgermeister Willy Brandt. Was wir nicht mehr zu erhoffen gewagt hatten, trat doch noch ein; die FDP-Bundestagsfraktion sandte uns ein ausführliches Schreiben. Unser Vergleich kann aber trotzdem nicht stattfinden, denn die alleinseligmachende CDU hat es wiederum vorgezogen, die politischen Gehversuche einer Studentenzeitung mit verzeihendem Lächeln zu ignorieren (Aussage eines CDU-nahen Studentenfunktionärs: „Was kümmert uns die dds!“) Das finden wir nicht fein, aber Politik ist ja schließlich auch ein schmutziges Geschäft, wie wir alle wissen. Jedenfalls scheint es so, als wollten sich die Christdemokraten in Studentenkreisen nicht als Alternative verstanden wissen. Wir können unseren Lesern also nur einen „Monolog der Liberalen“ bieten.

Nun also zum ersten Fragenkomplex. Er behandelte die Außenpolitik; zur Frage nach einem Weg zur Wiedervereinigung bzw. zu einem Friedensvertrag schrieb die FDP:

**Die Wiedervereinigung Deutschlands ist auf dem bisherigen Wege von Vier-Mächte-Verhandlungen gegenwärtig nicht zu erreichen, sondern offenbar nur durch die Überwindung der Spaltung Europas. In der Zwischenzeit ist es notwendig, die Spaltungsmaßnahmen in Deutschland systematisch abzubauen, um zu einer Wiederverklammerung der beiden Teile Deutschlands zu gelangen.**

Die zweite Frage betraf das Problem direkter Verhandlungen zwischen Bonn und Pankow. Die Antwort der Freien Demokraten:

**Direkte Verhandlungen zwischen Bonn und Ost-Berlin zum Zwecke der Wiedervereinigung sind nach Lage der Dinge zumindest gegenwärtig zwecklos. Worauf es ankommt, ist, daß Vertreter beider Teile Deutschlands in gesamtdeutschen technischen Kommissionen auf dem Gebiete der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen sowie des innerdeutschen Personenverkehrs Vereinbarungen treffen, die zu einer engeren Bindung der beiden Teile Deutschlands aneinander führen können.**

Zur Anerkennung der Oder-Neiße-Linie äußerte sich die FDP, die die Antworten von dem wissenschaftlichen Assistenten, Herrn Assessor Schaible, formulieren ließ, wie folgt:

**Die FDP ist der Auffassung, daß die Frage der deutschen Grenzen endgültig erst in einem Friedensvertrag geklärt werden kann. Allerdings klappt zwischen unserem Verlangen nach Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 und der Durchsetzbarkeit dieses Anspruchs angesichts der weltpolitischen Entwicklung eine tiefe Kluft. Es muß das Ziel sein, durch eine konstruktive Ost-Europa-Politik der Frage der Grenzen ihre gegenwärtige Bedeutung zu nehmen und damit Voraussetzungen für dauerhafte Lösungen zu schaffen.**

Eine bemerkenswerte Antwort bekamen wir auf unsere Frage zur Hallstein-Doktrin:

**Die FDP sieht in der Hallstein-Doktrin kein geeignetes Instrumentarium, um den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik Deutschland zu sichern und die Wege zu einer friedlichen und freiheitlichen Lösung der deutschen Frage offenzuhalten.**

Die bündnispolitische Konzeption der Bundesrepublik wird oft heftig kritisiert (auch von unseren Bündnispartnern). Die Vorstellungen der FDP sehen so aus:

**Die FDP ist für gute Beziehungen zu allen Staaten des Westens und gegen eine Blockbildung innerhalb der westlichen Allianz. Die Bedeutung der deutsch-französischen Freundschaft ist für die Bundesrepublik nicht geringer als die der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. Diese konstruktive Westpolitik bedarf aber einer Ergänzung durch eine Friedenspolitik nach Osteuropa. Die FDP ist für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit allen osteuropäischen Staaten.**

Die Europapolitik der Freien Demokraten wird folgendermaßen umrissen:

**Die FDP setzt sich für ein größeres Europa ein, das zunächst die westeuropäischen Staaten wirtschaftlich und politisch einigt und zu gegebener Zeit auch die osteuropäischen Völker in diese Politik einbezieht. Die FDP fordert die Demokratisierung der europäischen Institutionen durch die Stärkung der Vollmachten des europäischen Parlaments.**

Es ist schade, daß in der Antwort nicht näher auf die Vorstellungen de Gaulles eingegangen wurde, der ja ein nicht zu übersehender Faktor in Europa ist und eine ganz andere Meinung hat. – Die nächste Frage befaßte sich

mit den Gesichtspunkten bei der Verteilung von Entwicklungshilfe:

**Entwicklungspolitik ist für uns Sozialpolitik im Weltmaßstab. Es geht darum, die Kluft zwischen den Armen und Reichen zu schließen und damit Spannungen in der Weltpolitik zu überwinden. Angesichts der Tatsache, daß Entwicklungspolitik dem Geberland dadurch zugute kommt, daß bis zu 80% der zur Verfügung gestellten Mittel durch den Handel mit diesen Ländern wieder zurückfließen, darf Entwicklungspolitik nicht unter engen politischen Gesichtspunkten gemacht werden. Selbstverständlich darf sich die Bundesrepublik Deutschland vorbehalten, ihre Mittel konzentrisch dort anzusetzen, wo sie nicht gerade auf eine feindselige Haltung gegenüber ihrer Außen- und Deutschlandpolitik stößt.**

Der nächste Fragenkomplex hieß Innenpolitik. Zur Notstandsgesetzgebung schrieb die FDP:

**Ausgangspunkt für unsere Erwägungen bei der Beratung der Notstandsgesetze ist**

- a) die Ablösung der alliierten Vorbehaltsrechte zu erreichen und sei es auch nur zu einem Teil,
- b) Verhinderung der Möglichkeit vermittels einer detaillierten Gesetzgebung, die in möglichst weitem Umfang mögliche Notstandsfälle berücksichtigt, daß in Krisen oder Notstandsfällen die Exekutive oder Teile der Exekutive unter dem Gesichtspunkt des Übergesetzlichen Notstandes ohne gesetzliche Grundlage nach sogenannten Nützlichkeits Erwägungen handelt.

Ob natürlich der eingeschlagene Weg der richtige ist, darüber schweigt man vorsichtig. – Die Antwort auf die Frage, wie die Parteien zum Entwurf der Strafrechtsreform stehen, war noch weniger befriedigend:

**Die Frage ist in der gestellten Form nicht zu beantworten. Die vorgesehene Strafrechtsreform sieht die Neufassung des Strafrechts in insgesamt nahezu 500 Paragraphen vor, von denen jeder einzelne eine Fülle von Problemen in sich birgt. Es steht aber außer Zweifel, daß eine Reform des geltenden Strafrechts notwendig ist. Es sei hier z. B. an das geltende sogenannte politische Strafrecht und die Staatsschutzbestimmungen erinnert.**

Daß wir eine Stellungnahme zu 500 Paragraphen nicht erwarten konnten, war uns auch klar. Womit wir aber gerechnet hatten (gerade bei den Liberalen), waren Bedenken wegen des nachhaltigen Einflusses der katholischen Moralthologie besonders auf die Bestimmungen, die die ethische Abtreibungsindikation, die Homosexualität, die künstliche Samenübertragung sowie Gotteslästerung und Beschimpfung einer Religionsgemeinschaft betreffen. Oder sollten die so auf das „politische Strafrecht“ bedachten Herren den klerikalen Charakter der angeführten Paragraphen nicht bemerkt haben? – Auf die Frage nach der Atombewaffnung der Bundeswehr erhielten wir die bekannte Antwort, die sich nach beiden Seiten öffnet:

**Eine Atombewaffnung der Bundeswehr wird von Sprechern der FDP-Fraktion schon seit Jahren ganz entschieden**

**den abgelehnt. Darüber hinaus ist bei dieser Frage zu beachten, daß die Bundeswehr ein integrierter Bestandteil der NATO ist, weshalb schon aus diesem Grunde eine Atombewaffnung der Bundeswehr, d. h. eine eigene Verfügungsgewalt der Bundeswehr über Atomwaffen außer Betracht zu bleiben hat. Wir sind allerdings der Auffassung, daß die NATO und innerhalb der NATO die Bundeswehr ein stärkeres Mitspracherecht bei der Frage des Einsatzes von Atomwaffen haben sollte, da die Art und Weise des Einsatzes eine Lebensfrage unserer Nation ist, und wir beim derzeitigen Umfang des Mitspracherechtes der Bundeswehr es nicht für unbedingt gewährleistet ansehen, daß die Bundesrepublik nicht lediglich als ein taktisches Vorfeld angesehen wird.**

Wir hatten gehofft, die Parteien würden uns konkrete Zahlen angeben, wenn wir sie nach den erforderlichen Ausgaben für den Wehretat fragen. Leider war das nicht der Fall:

**Die Bundestagsfraktion der FDP hat im Deutschen Bundestag bereits im April vergangenen Jahres Vorschläge unterbreitet, auf welche Art und Weise die Bundeswehr mit weniger Mitteln schlagkräftiger ausgestaltet werden könnte. Unsere Vorstellungen hatten Auswirkungen im Rahmen des Verteidigungshaushaltes und würden bei einer vollständigen Verwirklichung noch sehr erheblichere Auswirkungen haben. Im übrigen hat die FDP von Anfang an dargetan, daß sie nur eine Verteidigungsgliederung für wirksam erachtet, die sich auf das vertragliche NATO-Kontingent, die bodenständige Heimatverteidigung unter deutscher Wehrhoheit und den zivilen Bevölkerungsschutz stützt.**

**Die Gliederung einer Landesverteidigung in dieser Form müßte u. E. auch im Verteidigungshaushalt ihren Niederschlag finden mit allen haushaltsrechtlichen Konsequenzen, z. B. für den Aufbau des zivilen Bevölkerungsschutzes.**

Die folgenden Punkte betrafen Bildungsprobleme. Hier verwies uns das Antwortschreiben der FDP auf eine beiliegende Broschüre und verschiedene Pressemitteilungen. Die Broschüre, herausgegeben zum Bundesparteitag der Freien Demokraten in Frankfurt und betitelt „FDP-Politiker stehen Rede und Antwort“, enthält eine zwanzig Seiten lange, ausgezeichnet fundierte und angriffslustig formulierte Analyse des deutschen Bildungswesens von der bayrischen Landtagsabgeordneten Hildegard Hamm-Brücher. Angeschlossen sind zehn Schaubilder, die aufzeigen, wie weit die Bundesrepublik im Bildungs-Wettbewerb der Länder hinterherhinkt. Es können hier nicht alle Schlußfolgerungen der FDP-Politikerin aufgezählt werden (die Broschüre liegt zur Einsicht in der Redaktion, ZW 167, aus), aber ihre Hauptforderungen sollen kurz angeführt werden: Verlängerung der Pflichtschulzeit, bessere Durchlässigkeit der einzelnen Schultypen, Mobilisierung von Bildungsreserven aus der Arbeiterklasse.

Gerne hätten wir auch die entsprechenden Stellungnahmen der SPD veröffentlicht; wir hatten auch schon versucht, aus den Entschlüssen des Karlsruher Parteitages und dem Godesberger Programm passende Stellen herauszusuchen, aber da dort überall, abgesehen von der Wehrpflicht, nur ganz allgemeine Erwägungen stehen, mußten wir davon absehen. Es wäre der FDP gegenüber, die sich mit der Beantwortung doch einige Mühe gemacht hat, nicht fair gewesen.

# dds-Gespräch

mit Prof. Dr. phil. Walter Naumann

Bernd Graßmugg

**dds:** Die Frage, die uns am meisten interessiert, und die, wie wir meinen, am Anfang einer solchen Unterhaltung stehen müßte, ist, wie sich ein Fach wie das Ihre in das Programm einer Technischen Hochschule einfügt?

**N.:** Das kann ich Ihnen nicht sagen, ich weiß nur, was ich versuchen möchte, hier zu tun; der Lehrstuhl ist ja noch gar nicht alt, nicht einmal drei Jahre. Da müßten Sie jemanden fragen, der ein Opfer ist, einen Studenten.

**dds:** Eine solche Ansicht wäre uns – wenigstens im Rahmen eines solchen Gesprächs – zu sehr gefärbt; wir können an einen Kommilitonen kommen, der ein Enthusiast ist und der Literatur mehr Zeit widmet als der Technik, und an einen, der – aus Interesse oder durch Zufall – in eine solche Vorlesung „hineingefallen“ ist.

**N.:** Was ich gerne möchte, ist, daß die Leute etwas lernen, womit sie sich in ihren Mußestunden beschäftigen können. Ein bißchen - Disziplin ist zuviel gesagt – ein bißchen Anleitung zu geistiger Beschäftigung mit Dingen, die nicht in ihr Fachgebiet fallen. Würden Sie das gutheißen?

**Ba.:** Ich glaube, Herr Naumann, das ist zu bescheiden formuliert, Sie haben doch von einigen Studenten schon gehört, daß sie die Literatur nicht nur als Beschäftigung für Mußestunden, sondern als ergänzendes Denkschema, als ein anderes Denkmodell, das ihnen eine andere Wirklichkeit zeigt, dazustudieren.

**dds:** Das ist völlig eindeutig; es wirft sich eine andere Frage auf, die vielleicht nicht hierher gehört – Sie, Herr Professor, sprachen von Mußestunden, Sie von Studieren; das setzt Zeit voraus. Wo soll der Student, wie die Anforderungen heute sind, diese Zeit hernehmen?

**N.:** Da fragen Sie bei den verkehrten Leuten an, das muß die Planung der Fakultäten beantworten. Mich beschäftigt, was ich den Studenten bieten kann, nicht, wie andere Fakultäten es dem Studenten ermöglichen, zu mir zu kommen.

**dds:** Gäbe es nicht noch die Möglichkeit, daß Sie den Studenten von der anderen Seite unterstützen?

**N.:** Ich sehe meine Aufgabe nicht darin, irgendeine Propaganda für ein Fach zu machen – die Sache wird angeboten, jetzt wollen wir sehen, wie die Studenten darauf reagieren.

**Br.:** Man muß doch auch den Studenten die Möglichkeit lassen, in einer persönlichen Initiative sich die Zeit zu nehmen, in der sie sich mit müßigen Dingen – verglichen an der Technik – beschäftigen wollen. Man kann das nicht von oben planen. Die meisten, die die Zeit dazu hätten, würden sie nicht mit der Literatur verbringen.

**dds:** Wie sehen Sie dann die Entscheidung der Elektrotechniker, das geistige Wahlfach zur Pflicht zu machen?

**N.:** Das ist sicher sehr nützlich. Da habe ich nichts dagegen, aber ich existiere nicht davon.

**Br.:** Man muß davon ausgehen, welche Studenten hier von den Literaturwissenschaften angesprochen werden, und das kann man nicht reglementieren; ich erinnere an die Möglichkeit, daß ein Student, der am Abend zwei Stunden im Bett ein Buch liest, sich freut, wenn er in

unserem Institut Gelegenheit hat, sich Bücher auszuleihen, und von anderer, fachlicher Warte etwas dazu zu hören. Der Literaturwissenschaftler, der sich für Physik interessiert, der sich selbständig einschlägige Werke herausholt, möchte auch gern eine Anleitung zum Verständnis haben.

**dds:** Danke sehr; jetzt etwas anderes: Unsere Institute, bzw. die Institutsleiter, arbeiten ja häufig an irgendwelchen Projekten, Forschungen. Haben Sie, Herr Professor, auch irgendwelche Untersuchungen oder sonstige Arbeiten laufen?

**N.:** Sie meinen mit dem ganzen Institut? Nein, unsere Disziplin kennt natürlich solche Untersuchungen, z. B. könnte man Editionen machen; aber dazu sind wir hier in keiner Weise ausgerüstet. Sie wissen, daß das Institut neu ist und daß ich dank des Fleißes meiner Mitarbeiter ein paar Bücher erworben habe, aber das geht nicht so rasch. Die Bibliothek ist ja auch hauptsächlich auf die Bedürfnisse des Lesepublikums, d. h. unserer Studenten eingerichtet. In unserer Disziplin arbeitet jeder – und das ist viel stärker als in manchen naturwissenschaftlichen Fächern – in der Richtung seiner eigenen Forschung. Wir brauchen keine Gruppenarbeit in Bezug auf die Literaturwissenschaft, die Deutung, die Geschichtsschreibung.

**dds:** Das ist also eine so individuelle anspruchsvolle Beschäftigung mit dem Geist, daß dieses mehr technisch orientierte Teamwork nicht am Platze ist?

**N.:** Bei manchen Projekten schon, wie ich sagte. Aber das Team, mit dem man sonst arbeitet, sind die Herren, die über das Thema schon publiziert haben, die sind ja alle zu erreichen, und ich brauche auch keine anderen Instrumente als diese Bücher da. Wir hier schauen uns natürlich unsere Arbeiten gegenseitig an, aber wir arbeiten nicht an einem gemeinsamen Projekt.

**dds:** Gesetzt den Fall, Sie hätten die Mittel, würden Sie dann ein solches Projekt anstreben?

**N.:** Nein. Sehen Sie, unser Institut umfaßt alle europäischen und außereuropäischen Literaturen, wir haben Mühe, diesen ganzen geistigen Horizont auch nur vage wahrzunehmen. An den großen Universitäten, da gibt es ein germanistisches Institut, mit sechs, acht Ordinarien und Dutzenden von Assistenten. Dort kann man Arbeiten dieser Art vornehmen. Diese Voraussetzungen werden bei uns nie gegeben sein und insofern berührt uns diese Frage nicht.

**dds:** Nun ist es sicher eine überdurchschnittlich reizvolle Aufgabe, die Möglichkeit zu haben, sich mit der gesamten Literatur zu beschäftigen.

**N.:** Ich möchte eher sagen, unter dem Durchschnitt, es handelt sich hier für niemanden um eine Berufsvorbereitung. Ich sage immer, ich werde zum Volksredner, man muß schmeichelnd vortragen und ein bißchen essayistisch. Das ist doch unter dem Durchschnitt.

**Ba.:** Diese Frage zielt vielleicht doch auf die Vielzahl der Literaturen innerhalb der „Vergleichenden Literaturwissenschaft“.

**N.:** Natürlich ist das reizvoll, deswegen habe ich diese Aufgabe überhaupt übernommen. Zuerst habe ich haupt-



**Prof. Dr. phil. Walter Naumann**

o. Professor für Vergleichende Literaturwissenschaft an der THD, geboren am 3. 11. 1910 in Aussig/Böhmen

1935 Studium der Romanischen Philologie in Marburg, München, Dijon, Bonn, Promotion in Bonn, danach

bis 1938 Deutscher Lektor in Toulouse und Paris  
1939–1956 in USA an verschiedenen Universitäten, zuletzt Ohio State University, Columbus/Ohio für neuere deutsche Literaturgeschichte

1956–1962 Habilitation in Marburg, gleichzeitig aber noch an der Ohio-State-University

1962 o. Professor für Vergleichende Literaturwissenschaft an der TH Darmstadt

Assistenten: Dr. Gerhard Bauer (Germanistik)  
Dr. Peter Brockmeier (Romanistik)

sächlich romanische Philologie gelehrt, dann hatte ich einen Lehrstuhl für neuere deutsche Literaturgeschichte in Amerika, und dann habe ich dieses übernommen. Aber man spaziert da so ein bißchen unverbindlich herum.

**dds:** Haben Sie festgestellt, Herr Professor, der Techniker hätte im Durchschnitt für das Geistige kein Gefühl mehr, kein Empfinden?

**N.:** Solche Leute gibt es sicher, aber die kommen ja gar nicht zu uns. Die zu uns kommen, haben alle schon Interesse daran und haben daher schon andere Voraussetzungen. Manchmal merkt man, daß sie anders geformt sind als ein Geisteswissenschaftler.

**dds:** Inwieweit anders?

**N.:** Das kann ich so allgemein nicht sagen.

**dds:** Vielleicht an einem konkreten Beispiel?

**Ba.:** Es ist mir aufgefallen bei den Kafka-Übungen, daß die Studenten verzweifelt waren über das Stationäre bei Kafka, über den Zustand „Das ist einfach so, und das ist trostlos“. Sie wollten jetzt weiter argumentieren: „Ja, da wäre doch was zu machen gewesen“. Dieses „Etwas nicht als gegeben nehmen, sondern etwas daraus machen wollen“, das ist vielleicht typisch.

**N.:** Ja, der Literaturhistoriker muß sich mit dem zufrieden geben, was da steht. Man kann zwar weiter interpretieren, was nicht im Text steht; aber das hat mit Wissenschaft nichts mehr zu tun.

**Br.:** Oft ist es so, daß die Techniker durch ihre Ausbildung „am Boden festgehalten“ in der Literatur etwas Schwärmerisches suchen und sie dadurch nicht mehr so real nehmen wie der Literaturhistoriker. Sie kommen leicht ins Schwärmen, weil sie meinen, der Literatur sei das Gefühl vorbehalten. Was sie nun bei der Technik nicht befriedigt, das, meinen sie, hat die Literatur ihnen zu geben. Daher die mangelnde Nüchternheit, die sie der Literatur entgegenbringen, die sie glauben, entgegenbringen zu müssen.

**dds:** Ein Nachholbedarf an Gefühl also.

**Br.:** Sie möchten die Literatur unterschätzen als bloßes Gefühl und nicht richtig einschätzen als ausgedachte Dinge, die auch vernünftig sein können wie eine technische Konstruktion.

**N.:** Da stimme ich Ihnen bei. Für uns ist Literatur immer schon geschichtlich geworden und dadurch das einzelne Kunstwerk interpretierbar und abhebbar von den geschichtlichen Voraussetzungen. Das ist natürlich für unsere Studenten schwierig zu fassen, die die Voraussetzungen nicht kennen!

**Br.:** Das ist vielleicht das Haupthindernis, daß sie das geschichtliche Rückschau nicht gewohnt sind. Man kann frühere Werke nicht so schnell lesen wie man einen Roman von Böll liest und glatt versteht. Zum Verständnis eines Romans aus dem 18. Jahrhundert braucht man manchmal erst historische Erklärungen.

**N.:** Mißverstehen Sie aber nicht, daß wir die Studenten immer dazu bringen wollten, die Kunstwerke nur historisch zu betrachten. Aber um die unmittelbar zu uns sprechenden Kunstwerke – und nur solche lesen wir ja – um die ganz zu erfassen, zu präzisieren, dazu bedarf es gewisser historischer Voraussetzungen.

**dds:** Nach welchen Gesichtspunkten wählen Sie die Werke aus?

**N.:** Bisher habe ich die Vorlesung nur aus der Moderne genommen, weil es ja ein neuer Lehrstuhl ist: Modernes Drama und Erzählungen, jetzt ein Zyklus von moderner Lyrik. Wenn das aber erledigt ist, dann werden wir uns anderen Dingen zuwenden, ich denke an einen Zyklus „Europäisches Drama“, so ähnlich, wie Herr Evers einen Überblick über den gesamten Verlauf der Kunstgeschichte bietet. So daß man dem Studenten zeigt, daß das, was ihm an Literatur zur Verfügung steht, nicht von der Moderne begrenzt ist. Das ist das letzte Ziel. Denn zur Moderne findet man leicht den Weg, viel leichter, das ist für jeden viel deutlicher.

**dds:** Ist es nicht sehr häufig umgekehrt? Das Klassische ist gut, hat ja Jahrhunderte überdauert, während man beim Modernen oder Modernistischen schon zweifelt.

**N.:** Sie stellen sich ja schon auf den Standpunkt ihres Großvaters! Ich glaube nicht, daß das der Standpunkt der meisten jungen Leute ist. Da würde ich doch eher sagen: „Ach, das alte Klassische, das ist ja schon langweilig, das ist uns ja schon in der Schule verdorben worden“.

**Ba.:** Es käme auf den Versuch an, wenn wir eine Vorlesung über Minna von Barnhelm machen würden.

**dds:** Es ist uns schon von der Schule viel vermiest worden; es ist Unfug, diese tollen Balladen in der Unterstufe auswendig lernen zu lassen, kein Mensch schaut sie später wieder an.

**Br.:** Die sind noch gut genug, um in der dritten Klasse auswendig gelernt zu werden!

**dds:** Wenn ich also zusammenfassen darf, Ihr Lehrstuhl, Herr Professor, hat vornehmlich Aufgaben der allgemeinen Bildung zu erfüllen, etwa im Sinne des studium generale.

Herr Professor, wir danken Ihnen für das Gespräch.

# Der Koloß von Recklinghausen

oder das neunte Weltwunder

Walter P. Welzel

Die Verfolgung und Ermordung des Geistes der Ruhrfestspiele durch die Schauspieltruppe des Magistrats zu Recklinghausen unter Leitung der Herren Ganteführer und Hannes.

Es hat sich meistens herausgestellt, daß eine Krawatte, die unter dem Gesichtspunkt ausgesucht wurde, möglichst zu allen Anzügen zu passen, hinterher zu keinem Anzug paßt. So ähnlich erging es jetzt den Stadtvätern von Recklinghausen mit dem heißersehten Produkt jahrelanger Wehen, dem neuen Haus der Ruhrfestspiele. Die Ruhrfestspiele, gemeinsames Kind der Stadt Recklinghausen und der Gewerkschaften, von berufenem Munde Deutschlands einziges international repräsentatives Theaterfestival genannt, hausten bis jetzt im Städtischen Saalbau, einem nicht sonderlich ansehnlichen und primitiven Haus, das – zwar wesentlich besser als etwa die Darmstädter Orangerie – den gestellten Anforderungen und Ansprüchen nicht gewachsen sein konnte. Was lag näher, als einen Neubau in Erwägung zu ziehen? Nach jahrelangen mehr oder weniger mißglückten Anläufen (deren einer darin gipfelte, daß die Recklinghäuser Oberschüler zur Spende von 20 Pfennig aufgerufen worden sind!) wurde ein Wettbewerb ausgeschrieben. Die internationale Architektenprominenz beteiligte sich zwar nicht, aber der eine oder andere bekannte Name war durchaus dabei. Den Zuschlag erhielt – welch Zufall – die Architektengemeinschaft Ganteführer und Hannes aus Recklinghausen. Diese Firma war bis dahin mit allem Möglichen hervorgetreten, nur nicht mit einem Theaterneubau. Schon damals sahen einige Leute schwarz, sie behaupten es heute wenigstens.

## Heim der Musen

Das Problem der Finanzierung erwies sich als viel ärger, als man sich vorgestellt hatte. Die Bausumme beläuft sich im Endeffekt auf mehr als 22 Millionen DM; für eine Stadt mit einem 70-Millionen-Etat wie Recklinghausen war das eine allein nicht zu lösende Aufgabe. Wie üblich taten Land, Bund und Gewerkschaften nach einiger Ziererei ihr Millionenscherflein dazu, und durch freiwillige Spenden kam der Rest zusammen. Das höchste Wohlwollen der Obrigkeit wurde dadurch dokumentiert, daß die Bundespräsidenten Theodor Heuss und Heinrich Lübke den

ersten Spatenstich taten bzw. den Grundstein legten. Dabei gab Theodor Heuss dem Bau den Wunsch mit auf den Weg, er möge „ein Heim der Musen, ein Ort menschlicher Begegnung und eine Burg freien Denkens“ werden. Was ist davon übrig geblieben?

Bald dämmerte es den Stadtvätern, daß das Haus, das mindestens eine halbe Million Mark Unterhaltskosten pro Jahr verschlingt, durch zwei Monate Ruhrfestspiele wohl kaum genügend ausgenutzt werden wird. Man sah sich also nach anderen Verwendungsmöglichkeiten um und kam auf die Idee, große internationale Kongresse nach Recklinghausen zu holen. Es ist eine Binsenweisheit, daß dafür ein typischer Theaterbau nicht sonderlich geeignet ist. So ging die Ummodellei los. Die Pläne wurden mehrfach geändert, und das Haus wurde immer größer. Dem Ganzen wurde aber die Krone aufgesetzt durch die grandiose Idee, Recklinghausen werde so im Kurswert steigen, daß die Möglichkeit nicht genügen werde, einen Kongreß abhalten zu können. Der Bau müsse so konzipiert werden, daß man gleichzeitig zwei Kongresse oder Tagungen ohne gegenseitige Störung darin veranstalten könne. Und so geschah es. Daß hier der leise Verdacht der Großmannssucht aufsteigt, darf nicht verschwiegen werden.

Vom Theater blieb dabei nicht viel übrig. Steht man vor der immensen Eingangsfront, denkt man unwillkürlich an den bekannten Ausspruch: „Klotzen, nicht kleckern!“ Riesige Betonsäulen, die einem Heldenmausoleum alle Ehre machen würden, eingerahmt von einer glatten marmorverkleideten Front, flößen eine unterschwellige Angst ein. Die vertikalen Linien dominieren, nur unterbrochen durch geistlose rechte Winkel. Hier fehlt jeder Schwung, jeder künstlerische Ausdruck, nicht eine einzige gekrümmte Linie verlockt den Blick zum Nachgleiten. Die anderen Außenansichten sind nichts besser, alles macht den Eindruck, als sei es von einem Polier entworfen worden. Geht man durch den Eingang ins Innere, tun sich kahle, nichtssagende Räume auf, belanglos, stimmungstötend und langweilig. Man durchschreitet Säle, Foyers und Treppenhäuser und wartet ununterbrochen auf etwas, einfach „auf das Theater“. Doch man wartet vergebens.

Die Pause ist ein wesentlicher Bestandteil des Theaterabends, zwar ein belächelter und vielgeschmähter, aber ein notwendiger. In der Pause gibt es die Gelegenheit zur Unterhaltung und Diskussion, zur zwischenmenschlichen Begegnung, die vor und nach der Aufführung fast immer zu kurz kommt. Im neuen Haus der Ruhrfestspiele flüchtete ich in der Pause nach einigen zaghaften Schritten durch die Wandelgänge wieder zurück in den Zuschauerraum. Er ist der einzige Ort, wo man sich etwas wohlfühlt, hier gibt es anheimelnde Farben, Stoff, Holz – Wärme; Sicht und Akustik sind gut. Er darf als gelungen betrachtet werden. Auch das Lampenlicht kann den übrigen Räumen, die zwar für Kongresse bestens geeignet sein mögen, aber jede Theaterstimmung brutal abwürgen, ihre Nüchternheit und an Behördenflure erinnernde Geistlosigkeit nicht nehmen.

### Kohle für Kunst, Kunst für Kohle

Die Ruhrfestspiele entstanden als Tauschgeschäft zwischen Kunst und Kohle im harten Winter 1946, als das Hamburger Schauspielhaus dicht davor stand, seine Pforten wegen Brennstoffmangels schließen zu müssen. In Recklinghausen bekam man Kohle von der Zeche König Ludwig. Die Hamburger Schauspieler revanchierten sich mit Theateraufführungen. Als Erinnerungszeichen an diese Aktion hat man in der Eingangshalle des Ruhrfestspielhauses einen alten Förderwagen mit einem mehrere Tonnen schweren Kohlebrocken aufgestellt. Die Idee als solche scheint mir durchaus des Lobes wert und sinnvoll, doch in diesen so gar nicht symbolträchtigen Räumen wirkt der Förderwagen so deplaziert wie eine von den Arbeitern vergessene Betonmischmaschine auf einer Wagenerbühne.

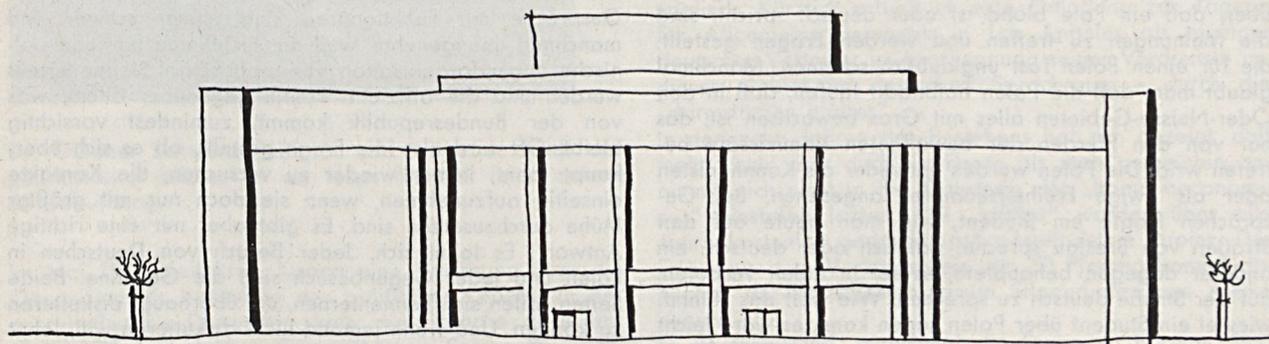
Viele namhafte Schauspieler, die oft in Recklinghausen dabei waren, haben offen bekannt, daß sich bei ihnen eine gewisse Anhänglichkeit an den alten Saalbau eingestellt hat. Ob sich diese Anhänglichkeit auf das neue Haus übertragen wird, scheint mir fragwürdig. Daß die neue Bühneneinrichtung und Beleuchtungsanlage absolute Spitzenklasse sind, ist zwar angenehm und für die Inszenierungsmöglichkeiten und technische Durchführung und Reihenfolge der Aufführungen von großem Vorteil, aber in diesem Zusammenhang von der Warte des Schauspielers und Zuschauers her gesehen absolut zweitrangig.

Die Städtische Kunsthalle am Hauptbahnhof – ein ehemaliger Luftschutzbunker, der für diesen Zweck nur geringfügig umgebaut wurde – beweist mit ihren alljährlichen Ausstellungen, die unter Kennern einen geradezu legendären Ruf gewonnen haben, daß auch in völlig unzureichenden Räumen große künstlerische Ereignisse möglich sind. Der Rahmen tut es also nicht allein, vor allen Dingen nicht, wenn er mißraten ist.

Es wird sehr schwer werden, das neue Haus mit dem gleichen Geist zu füllen, der im alten Saalbau 17 Jahre lang geherrscht hat. Das Programm der Ruhrfestspiele in den letzten Jahren wird zunehmend kritisiert. Man wirft der Leitung vor, daß mehr und mehr Wert auf die Zelebration klassischer Stücke gelegt wird und die Auseinandersetzung mit den Problemen der Gegenwart zu kurz kommt. Die Ruhrfestspiele heißen zwar nicht ausdrücklich Arbeiterfestspiele wie die in Zwickau, sie sind aber primär für diesen Kreis gedacht, und mit Goethe und Schiller lockt man heute kaum einen Primaner aus dem Jazzkeller, geschweige denn einen Ruhrkumpel hinter dem Fernsehschirm hervor. Es ist ein offenes Geheimnis, daß mindestens jede zweite Gewerkschaftskarte unter der Hand an andere Gesellschaftskreise verkauft wird. Die endgültige Stilllegung der Gründerzeche der Ruhrfestspiele vor wenigen Wochen wagt noch niemand ein unheilvolles Götterzeichen zu nennen (und auch ich bin weit entfernt davon), aber wird das in einigen Jahren auch noch so sein?

Es tut dem Betrachter in der Seele weh, daß der herrliche Festspielhügel im Stadtgarten – wohl der schönstgelegene Platz in Deutschland für ein Theater – so verunziert worden ist. Daran ändert auch die großartige und atemberaubende „Große Liegende“ von Henry Moore nichts (ein Abguß der Originalplastik, vom Oberbürgermeister mehr oder weniger auf eigene Faust für annähernd eine halbe Million gekauft), so gut sie sich hier auch ausmacht. In Verbindung mit dem neuen Haus der Ruhrfestspiele ist sie nur ein weiterer Ausdruck der schon erwähnten Großmannssucht.

Man hat in Recklinghausen versucht, die auf einer nicht gerade kunstsinnigen Vergangenheit basierende Atmosphäre des Ruhrgebiets durch einen gewaltigen Kraftakt zu ändern. Die Akteure sind abgestürzt und auf den Rücken gefallen. Eine einmalige Chance wurde vertan, vielleicht nicht einmal erkannt.



# Ist Polen ein Nachbar noch?

Kazimierz Piotrowski

Im vorigen Monat war unser Chefredakteur in der Tschechoslowakei und in Polen, um über Studentenaustausche zu verhandeln. Er lehnte es strikt ab, darüber einen Artikel zu schreiben und zwar mit dem Argument, die Reise sei viel zu kurz gewesen, um mehr als nur verwischte persönliche Eindrücke zu hinterlassen. Selbst wenn ein Artikel derart gekennzeichnet würde, wird der Leser zwangsläufig generalisieren. Das gerade — jedenfalls auf einer so wenig authentischen Basis — soll vermieden werden. Eine unerwartete Ausbeute dieser Reise ist der Artikel, der uns wenige Tage nach der Rückkehr des Redakteurs erreichte. Wir übersetzen ihn und bringen ihn für Sie, als eine mögliche Argumentation, warum wir die Kontakte nach Osteuropa so sehr forcieren, obwohl sie — allerersten Eindrücken nach — ein nicht sehr dankbares Projekt sind.

Die Redaktion

Deutschland und Polen waren tausend Jahre lang Nachbarländer. Beide Völker lebten nebeneinander, manchmal im Krieg, manchmal im Frieden. Die Geschichte der Grenzgebiete ist so verflochten, daß es oft nicht zu trennen ist, wo noch die polnische und wo schon die deutsche Geschichte beginnt, so zum Beispiel mit dem Geschlechte der Piasten in Schlesien, mit Danzig, mit Ermland. Die Nachbarn beschimpften sich gegenseitig und wurden schwarz gemalt, man wußte aber, worum es geht. Wie sieht es aber heutzutage aus? Was wissen die Leute in den beiden Ländern über ihre Zeitgenossen jenseits der DDR?

In Polen bleiben die Erinnerungen an die deutsche Besetzung immer im Gedächtnis, es ist nicht leicht zu vergessen, was gemacht und gesagt worden ist; daß jeder 5. Staatsbürger umgebracht wurde und die ganze Nation ein Sklavenvolk werden sollte. Selbst die jüngste Generation ist mit den Kriegsgeschichten vertraut, es wird darüber viel in der Schule, im Rundfunk, im Fernsehen, in der Presse gesprochen. Ein SS-Mann gilt oftmals bis heute als der typische Deutsche.

Die Bundesrepublik wird sehr stark überschätzt, man glaubt, sie werde eine selbständige Weltmacht, die wieder nach Osten reiten wird; der Lebensstandard ist Mythos und Symbol geworden. Die offizielle Propaganda verpaßt keine Möglichkeit, „den deutschen Revanchismus und Revisionismus zu entlarven“. Die Propagandisten brauchen nicht lange zu suchen, es genügt, gewisse Zeitschriften bzw. Reden aus der Bundesrepublik wiederzugeben. Wer kann es prüfen, wie groß der Einfluß der nationalradikalen Strömungen ist?

Die Lage in der Bundesrepublik scheint nicht viel besser zu sein. Die Bundesbürger, auch die Studenten, haben gar kein klares Bild von Polen. Von ganz extremen Unkenntnissen abgesehen (wie z.B. der Verwunderung darüber, daß ein Pole blond ist oder deutsch spricht, sind die Meinungen zu treffen und werden Fragen gestellt, die für einen Polen fast unglaublich scheinen. Manchmal glaubt man, daß die Polen halbnackt laufen, daß in den Oder-Neisse-Gebieten alles mit Gras bewachsen ist, das nur von den Pferden der bewaffneten Kommissäre betreten wird. Die Polen werden entweder als Kommunisten oder als ewige Freiheitskämpfer angesehen. Bei Gesprächen fragte ein Student, wie man heute auf den Straßen von Breslau spreche, polnisch oder deutsch; ein anderer dagegen behauptete, es sei in Polen verboten, auf der Straße deutsch zu sprechen. Wie weit das stimmt, wieviel ein Student über Polen sagen kann, es wäre leicht zu prüfen.

Unter solchen Voraussetzungen führen Gespräche zwischen den Vertretern beider Völker fast immer zu Mißverständnissen. So weiß ein Pole fast nichts von Vertreibungen, ein Deutscher dagegen glaubt, man könne

die Besetzung von Frankreich bzw. Dänemark mit der von Polen vergleichen, was gar nicht stimmt, denn die Polen waren die nächsten nach den Juden an der Reihe, was nicht ohne psychologische Folgen geblieben ist. Der Pole hört sehr viel über den „Drang nach Osten“, der Deutsche weiß nur, daß das Ostland von den Deutschen kultiviert worden ist. Im Polen von heute gibt es fast keinen Unterschied zwischen Stettin und Gdingen, Breslau, Krakau, Allenstein, Lublin. Ein junger Pole (bei der älteren Generation mag es ein bißchen anders sein) versteht keine Grenzfeinheiten, er weiß in der Regel gar nicht, wo die Grenze von 1937 oder 1914 war, oder was Landsberg (Gorzów) oder Marienwerder (Kwidzin) bedeutet. Der Deutsche aber kann nur die Karten sehen, wo Polen als ein Reststaat abgebildet ist (mit der Ostgrenze von heute und der Westgrenze von 1937) oder die vor 30 Jahren aufgenommenen Bilder der Oder-Neisse-Gebiete.

Da die Grenzfrage als ein Kernproblem bei jeder deutsch-polnischen Diskussion auftaucht, wirken diese Mißverständnisse sich besonders unangenehm aus. Die Vertreter beider Seiten kennen leider, wie oben dargestellt, nur Halbwahrheiten und haben gar keine Ahnung von möglichen Argumentationen des Gesprächspartners. Wenn jemand irgend eine gegenseitige Verständigung zustande bringen möchte, muß er einfach feststellen, daß die Unwissenheit der schlimmste Gegner ist. Aus diesem Grunde ist die Informationsarbeit so wichtig. In der Bundesrepublik gibt es heute eine Menge von Arbeitsgruppen, Jugendorganisationen, Studentenverbänden usw., die Arbeit in dieser Richtung leisten. Die Darmstädter Studenten haben dabei nicht den letzten Platz.

Die Lage ist nicht einfach. Die Deutschen dürfen nicht erwarten, daß ebensolche Initiativen wie von deutscher Seite auch von polnischer auftreten werden, von einzelnen Personen abgesehen.

Gespräche mit Funktionären sind immer schwer und manchmal unangenehm, weil die Richtlinien für jede polnische Jugendorganisation von politischen Stellen erteilt werden und die offizielle Politik gegenüber allem, was von der Bundesrepublik kommt, zumindest vorsichtig bleibt. Oft wird also die Frage gestellt, ob es sich überhaupt lohnt, immer wieder zu versuchen, die Kontakte einseitig aufzunehmen, wenn sie doch nur mit größter Mühe durchzusetzen sind. Es gibt aber nur eine richtige Antwort: Es lohnt sich. Jeder Besuch von Deutschen in Polen und jeder Gegenbesuch sind die Gewinne. Beide Seiten sollen sich kennenlernen, um überhaupt diskutieren zu können. Und wenn jemand nicht diskutieren will, lohnt es sich doch, die andere Seite einmal zu sehen, obwohl die Wahrheit manchmal viel bitterer als die Lüge ist. Was kann man aber mit leeren Behauptungen und mit Wunschen erreichen?

Es ist ja traurig, daß die Bemühungen nur von einer Seite



## LIEBE SS 65



Schon wieder geht es einem alten, liebgewordenen Tabu an den Kragen: Zeitschriften, Illustrierten, alle Druckwerke sind gefüllt mit Aufklärungsmaterial, mit Tatsachenberichten („Liebe unterm Schreibtisch“ u. ä.), und offenerzige Bikinimädchen lächeln von Titelblättern; eine reizende Reizüberflutung stürzt auf den heutigen Menschen ein, und der Moloch Sexus hält uns in seinen Fängen, wie der Sauberkeitsapostel Adolf Süsterhenn sagen würde. Als verantwortungsvolle Journalisten dürfen wir es nicht versäumen, den modernen Strömungen des Pressewesens zu folgen und wollen deshalb unseren Lesern einen schonungslosen Bericht über die Liebesgewohnheiten der Studenten geben. Wir können das mit ruhigem Gewissen wagen, denn seit die Pseudo-Studentenzeitung „Konkret“ detaillierte Schilderungen von Gymnasiasten-Orgien in Deutschland und College-Ausschweifungen in den Staaten gebracht hat, ist dieses Thema gesellschaftsfähig geworden. Und wenn wir uns beeilen, erscheinen unsere Enthüllungen auch noch vor der Grundgesetzänderung zu Artikel fünf, so daß wir auch vor dem ungeschriebenen Sittengesetz des Volkswartbundes keine Angst zu haben brauchen. Auf denn, laßt uns ungestraft eine Diktatur der Unanständigkeit aufrichten!

Wie ich den lüsternen dds-Leser kenne, ist ihm schon den ganzen letzten Absatz lang das Wasser im Munde zusammengelaufen, doch langsam wird er ungeduldig und fragt: Wann geht es denn endlich los? Aber wir haben von unseren großen Vorbildern (Quick, Stern, Twen usw.) schon viel gelernt, daß zu einer reißerischen Überschrift und einem deftigen Dekolleté zunächst einmal mindestens eine Seite fade Einleitung gehört, in der überhaupt nichts passiert (irgendwie müssen die ihre Seiten doch vollbringen, und soviel Obszönitäten wissen die auch nicht!). Bitte machen Sie es uns nicht zum Vorwurf, daß wir Ihnen das oben zitierte Dekolleté vorenthalten; im dds-Archiv fand sich beim besten Willen kein entsprechend leichtgeschürztes Mädchen! Aber langsam wollen wir uns wieder an unser Thema erinnern, sonst wird der genasführte Leser am Ende doch noch böse.

Als wir mit den Vorbereitungen zu dieser offenen Dokumentation begannen, stellten wir, um Aufschluß über die sexuelle Situation des Normalstudenten zu erhalten, eine Repräsentativumfrage unter zwölf Studenten aller Semester an. Dabei stellte sich heraus, daß vier von ihnen den Kinsey-Report für einen Bericht über den US-Präsidenten-Mord hielten, drei dachten, er sei eine Untersuchung über die Schädlichkeit des Rauchens. Ein Physiker meinte, es handele sich um eine neue Abhandlung über Laserstrahlen. Ergebnis also: Niederschmetternd! dds fordert: Sexualerziehung in den Hörsälen! Dieser galopierenden Unkenntnis muß ein Ende bereitet werden! Aber noch war unser Mut nicht gesunken: wir schickten unsere Korrespondenten in die Hörsäle und Institute. Der Erfolg war identisch gleich null: Die Studenten scheinen geschlechtslose Wesen zu sein. Außer einem flüchti-

gen Händedruck war kein körperlicher Kontakt zwischen männlichen und weiblichen Kommilitonen festzustellen; lediglich in einem Institut, das ungenannt bleiben möchte, las ein Hilfsassistent während der Mittagspause im „Kamasutram“, der alten indischen Liebeslehre. Als wir fragten, ab er auch etwas von seiner Lektüre profitiere, antwortete er: „Wieso?“ Wir sehen schwarz. Dem Familienministerium haben wir schon Meldung erstattet. Man steht in Bonn den angeführten Problemen sehr aufgeschlossen gegenüber und sagte uns zu, daß bereits Mittel für eine Sexualberatung bereitgestellt würden. dds fordert: Gönnst auch dem Studenten sein bißchen Freud! Es müssen Sofortmaßnahmen zur Behebung des sexuellen Notstandes getroffen werden! Wir brauchen die Notstandsgesetzgebung!

Unser Sonderberichterstatte bekam Nachtzulage und durchkämmte den Herrngarten auf der Suche nach liebenden Studenten. Mit Stablampe, Gesichtsmaske und Notizblock bewaffnet ließ er seinen Adlerblick auf, unter und hinter Bänke schweifen, kroch durch Hecken und Büsche und leuchtete in jeden Baumwipfel. Aber außer einem bei Vermessungsübungen vergessenen Theodoliten und einem Chemiestudenten, der über seinem Holleman eingeschlafen war, konnte unser Mitarbeiter nichts entdecken. Ein anderes Redaktionsmitglied wurde mit Fotoapparat und Blitzlicht auf die Suche nach Material zu dem alten Thema „Liebe im Auto“ beordert. Nach zweitägiger Arbeit kehrte er erschöpft zurück. Er hatte sämtliche TH-Parkplätze inspiziert und Schreckliches gefunden: nämlich nichts. Zur Entschuldigung brachte er vor, die meisten Studentenautos seien zu diesem Zweck denkbar ungeeignet, da keine Liegesitze vorhanden seien. Ein schwacher Trost! dds fordert: Mehr Honnef für Liegesitze!

Mich selbst hatte man auf eine Studentenparty geschickt. Zwar deuchte ich mir dafür völlig inkompetent, da ich von Natur aus schüchtern und schamhaftig bin, aber was tut man nicht alles um der Studentenpresse willen! Ich muß Sie aber enttäuschen: Mein Schamgefühl hatte nicht ein einziges Mal Gelegenheit, sich zu rühren. Um so klar wie möglich zu bleiben und nichts zu verpassen, trank ich den Whisky mit viel Soda, weswegen der Abend nicht

gerade zu einem reinen Vergnügen wurde. Auch angestrengteste Beobachtung förderte nichts Positives zutage; ich bin vielleicht mit den modernsten Praktiken noch nicht vertraut, aber es müßte sich schon um Telepathie handeln, da die neumodischen Tänze sowieso keine Gelegenheit zu unsittlichen Berührungen bieten. Also auch auf der Party keine berichtenswerten Ereignisse. Noch weniger war im Twistkeller zu erleben, wo Dreizehn- bis Fünfzehnjährige, langhaarig und pubertär, zu den Klängen von Elektrogittaren hüpften. Keine Spur von Studenten, nichts von dem, was wir suchten: Sex.

Wenn der Artikel nicht platzen sollte, gab's nur eins: eine Studienfahrt der Redaktion nach Frankfurt in die Kaiserstraße. (Wie wir die Reisekosten einem puritanischen Finanzreferenten gegenüber verantworten sollen, ist uns jetzt noch ein Rätsel!) Dort endlich fanden wir den deutschen Studenten in seiner ganzen Verworfenheit. Drei zukünftige Akademiker, sich fest an den Händen haltend, näherten sich mit eindeutigen Absichten einer Gruppe jener Damen. Nachdem sie eine Zeitlang verhandelt hatten, zogen die Studenten mit hängenden Köpfen ab. Aufgebracht folgten wir ihnen. Offensichtlich waren ihre finanziellen Verhältnisse den räuberischen Forderungen der Vampire nicht gewachsen; wo bleibt da die soziale Gerechtigkeit? Als wir die drei daraufhin tröstend ansprachen, fielen sie über uns her, und wir hätten sicher das Schicksal Jürgen Neven-Du Monts erlitten, wenn wir nicht unter Vorzeigen des Presseausweises das Weite gesucht hätten. Es handelte sich um zwei Theologie- und einen Soziologiestudenten, die sich den Ekel vor dem Sumpf der Großstadt an Ort und Stelle holen wollten.

So endete unsere Aktion „Sex und Student“. Nun kennen Sie sie, die (nackte) Wahrheit. Leider ist es zu wenig, um nach dem Rezept der deutschen Illustrierten (Viel Lärm um nichts) eine Serie mit zehn Fortsetzungen daraus zu machen. Sollten Sie aber andere Beobachtungen gemacht haben (etwa im Hochschulstadion, bei Archiphantur oder bei Stiftungsfesten), dann teilen Sie uns diese bitte, möglichst mit authentischem Bildmaterial, umgehend mit. Es wird uns eine Orgie sein, unsere Leser mit studentischen Liebesbräuchen zu füttern.

fari



gerade zu einem reinen Verfügen wurde. Auch unge- strengste Beobachtung fände nicht Positives zutage. Ich bin vielleicht mit den modernsten Fachleuten noch nicht vertraut, aber es müßte sich schon um Teilpatente han- deln, da die neuromodischen Linsen sowieso keine Gelegen- heit zu unethischen Behütungen bieten. Doch wenn der Fortschritt keine Behütungen erfordern sollte, bis- her war im Zweifel zu erleben, wo Dialektik die Fünftehlfähigkeit, Langsamkeit und Geduld zu den Kläu- gen von Elektropittorien hüpfen. Keine Spur von Studien- ten nichts von dem, was wir suchen: Sex.

**Wertgeschätzte Leserschaft,**

Wenn der Artikel nicht platzen sollte, gab's nur eine: eine Studienarbeit der Redaktion nach Frankfurt in die Kassenrollen. Wie wir die Redaktion einem publizistischen Finanzreferenten gegenüber verantworten sollen, ist uns jetzt noch ein Rätsel. Dort endlich fanden wir den zentralen Studenten in seiner ganzen Verworfenheit. Die zukünftige Akademikerin, die fest an den Händen haltend, rümpelte sich mit einbeidigen Absichten einer Gruppe jener Damen. Nachdem sie eine Zeitlang verhandelt hatten, zogen die Studenten mit höfenden Köpfen ab. Aufgehorcht folgten wir ihnen. Offensichtlich waren ihre finanziellen Verhältnisse den rührendsten Forderungen der Vampire nicht gewachsen, wo bleibt die soziale Gerechtigkeit? Als wir die drei hochschulischen Köpfe an- zusehen, fühlte ich mich wie ein Hund, der uns hätte sicher das Schicksal jünger Männer und Frauen wissen, wenn wir nicht unter Vorzeichen des Personalwissens das Weiße gestrichelt hätten. Er handelt sich um zwei Technologie- und einen Sozialpsychologen, die sich den Kopf vor dem Punkt der Gratwanderung auf und Stelle halten wollten. So erhebt unsere Aktion, Sex und Studier, kein können. Sie ist die (schlechte) Wahrheit. Leider ist es zu wenig, um nach dem Rezept der deutschen Illustration (Viel Lärm um nichts) eine Sache mit zehn Fortsetzungen daraus zu machen. Sollten Sie aber andere Beobachtungen gemacht haben, so teilen Sie sie mit dem Autor.

dieser freie Raum ist fatalerweise dadurch entstanden, daß sich die hochwohlhüllliche Redaktion bei den Manuskripten beziehungsweise deren geistigen, seelischen und räumlichen Gehalt ganz penetrant verschätzt hat. Niemand konnte ahnen, daß infolge der Anordnung eines breiteren Korrekturrandes nun nicht mehr drei, sondern vier Schreibmaschinenseiten einer Druckseite entsprechen. Nun beim Umbruch sehen wir uns gezwungen, sozusagen auf Befehl Lücken zu stopfen, die wir nicht gerissen hatten. Ein hartes Los. Wer tut schließlich das gerne, was er tun muß?

Dennoch, man soll die Gelegenheiten nutzen, wie sie sich gerade bieten. Wir können jetzt hier einiges von dem verarbeiten, was wir in einem gewöhnlichen und eigens dafür fabrizierten Artikel nicht oder nur schwer und mit vielerlei Hindernissen versehen anbringen hätten können.

Da ist zum Beispiel eine Sache, die auszusprechen man seltsamerweise irgendwelche Hemmungen hat. Die Tatsache nämlich, daß einige unserer Kommilitonen berichtet, daß es hier ja eigentlich keine Bürokratie gebe – wenigstens in der Hochschulverwaltung. Das mag den Voreingenommenen seltsam erscheinen; uns sind aber etliche Fälle sozusagen aktenkundig, in denen der Amtschimmel bei gutem und freundlichem Zureden nicht nur gewiebert hat, sondern wo er auch gutmütig irgendeinen verfahrenen Karren aus dem Staube ziehend sich vorwärtsbewegte, ja manchmal sogar einem versumpften amtlich vorgeschriebenen Weg aus dem Weg ging und sich frei nach Schnauze dem erstrebenswerten Ziel querfeldein näherte. Was sollte man darüber mehr schreiben?

Was sollte man auch sagen zu der Tatsache, daß das Mensaessen seit der Mitte der vorlesungsfreien Zeit spürbar besser geworden ist, seit unser Koch einen

gen Händedruck war kein körperlicher Kontakt zwischen männlichen und weiblichen Kommilitonen festzustellen. Lediglich in einem lauten, das ungenannt bleiben möchte, las ein Mitschüler während der Mittagspause im „Klo- mostrum“, das oft in indischer Liebeslektüre. Als wir frag- ten, ob er auch etwas von seiner Lektüre präferiere, an- wortete er: „Wieso? Wir sehen schwarz. Dem Famili- lenimentarium haben wir schon Meldung erstattet. Man steht in Bonn dem angeführten Problem sehr entgegen. Schlechter gegenüber und sogar nur zu, daß bereits Mittel für eine Sexualberatung bereitgestellt. Lassen, das for- bert. Gönnt auch dem Studenten sein biblisches Freud! Er müssen Sofortmaßnahmen zur Bekämpfung des sexuellen Notstandes getroffen werden! Wir brauchen die Not- standsgesetzgebung!

Unser Sonderbeauftragter bekam Nachtrüge und durchkämmte den Herdengarten auf der Suche nach liebend- den Studenten. Mit Stimpfen, Gesichtsmaske und Holze- block bewehrt ließ er seinen Arbeitsblick auf unter und hinter Ökonomie, Wirtschaft, Technik, Recht und Pädagogik und landete in jedem Baumhaufen. Aber durch einen

neuen Panierteig erfunden hat; als daraufhin zwei dds- Leute zu ihm in die Küche eindrangen, ihm zur Kenntnis zu bringen, daß man dies auch bemerkt habe, glaubte er sich erst verhöhnt und dann wurde er melancholisch mit dem Bemerkten, wenn er besagten Panierteig ein zweitesmal anwende, werde schon wieder jeder schimpfen; im Grunde helfe ja doch alles nichts und über- haupt... Da schüttelten auch wir betrübt unsere Köpfe und beschlossen, eine Nummer lang keine Mensa-on-dits zu bringen.

Eine Hochschule ist ein Betrieb, der sich mit größten Un- schimpfen läßt, daß man so leicht eine Schale ätzenden Spottes über die arme Umwelt ausgießt, während die besänftigende Milch des Lobes so schwer zu fabrizieren ist. So sind wir auch davon überzeugt, daß dieser Ab- Abschnitt keine besonderen literarischen Qualitäten be- sitzt, die wir anderen Artikeln doch wenigstens unter- stellen. Schon in den letzten zwei Nummern zerbrachen wir uns den Kopf über ein positives on dit. Eine Mark dem, der eines bringt! Hätten wir etwa schreiben sollen: Einem on dit zufolge ist der Fisch in der Mensa jetzt gut. Ich bin sicher, das wäre völlig mißverstanden worden. Oder: Einem on dit zufolge sind uns Fälle bekannt, in denen Verwaltungsbehörden mit säumigen und auch stö- rischen Studenten nachsichtig verfahren. Ausgeschlossen! Wir nehmen außerdem an, daß etliche, die von unserer Bösartigkeit völlig überzeugt sind, auch hinter diesem „Abschnitt“ (es wird und wird kein Artikel!) ganz scharfe Kritik und raffinierte, subtile dazu, vermuten. Weh uns! Aber was sollen wir dagegen tun? Wie können wir

Glaubwürdigkeit erringen? Mit dieser barocken Diktion natürlich kaum. Aber sage einer einmal Obiges in nor- malem Deutsch oder Amtsdeutsch: Das Essen in der Mensa ist seit März dergestalt, daß man es ohne Überwindung zu sich nehmen kann. Die Beamten der Hochschulver- waltung haben in letzter Zeit etliche Zeichen von Mensch- lichkeit erkennen lassen. Sehen Sie?! Schon ist der gute Eindruck, den wir mit unserer verklausulierten Einleitung vielleicht gemacht haben, wieder beim Kuckuck.

Was tun, fragt sich der bekümmerte Amateurjournalist – gottlob kein echter, denn dem glaubt man überhaupt nichts – was tun, wenn trotz genauer Durchforschung des körpereigenen Kernspeichers sich kein Buch, keine Zeit- schrift findet, wo in einigen Zeilen etwas gutgeheißen wird, ohne gleich wieder eine kräftige Dusche (kalt) hinterherzujagen. Sind diese Dinge nicht von Dauer? Liest sie niemand? Letzte Hoffnung: Wenn auch niemand bis hierher gelesen hat, dann weiß man wenigstens noch, was man von uns zu halten hat. gg

## Wenn der Bleistift tickt

Natürlich gibt es auch andere. Aber das ist es ja gerade: Die einen sind zu ertragen und die anderen nicht unbedingt, also... Aber ich will von vorn anfangen. Es begann eigentlich schon zwei Wochen vorher, als auf dem Gerüchtemarkt verlautete, der Assistent sei scharf. Je nun, so dachten wir, dem kann vorgebeugt werden. Eine leidige Paukerei begann.

Und dann ging es ins Seminar. 45 Minuten waren angesetzt, geteilt durch vier Mann gibt... Nun ist das ja, zugegeben, eine unzulässige Vereinfachung eines statistischen Grenzwertproblems, aber es hat doch so etwas Tröstliches an sich. Außerdem erwies sich, daß schon einer da war, zwecks Hoffnungslauf oder so. Der Assistent begann nach der ortsüblichen Vorstellung unserer frohen Runde mit einer rethorischen Frage. „Was glauben Sie“, so fragte er, „was ich Sie fragen werde?“

Gar nicht mal so übel eingerichtet, dachte ich und ließ meinen Blick unbekümmert durchs Zimmer schweifen. Bis ich dann an der eintretenden Stille merkte, daß die Frage gar nicht rethorisch gemeint war. Stille allerorten. Die Stühle sind nicht besonders bequem. Anhaltende Stille. Vielleicht ist es einer, der uns jetzt einen langen Vortrag hält, 45 Minuten gehen auch vorbei. Jedoch Stille. Die Blicke des Assistenten wanderten im Kreis. Nicht hingucken, befahl ich mir. Stille. Da machte es ‚tick‘.

Fünf Augenpaare schossen hoch. Es war der Bleistift des Assistenten, locker auf die Tischplatte fallen gelassen. Raffinierter Trick. Unser Parlamentspräsident hat dafür eine Glocke, netter Mann übrigens. Also heute habe ich nur blöde Gedanken. Doch wo war ich stehengeblieben? Ach so – beim Bleistift. Ja, der Assistent heischte unsere Aufmerksamkeit, also freudiges Leuchten in den Blick legen. Und dann sagte er, was er sich dachte, was wir wohl dächten, welche Fragen drankommen würden. Ich schaltete wieder auf Abblendlicht, hoffentlich gehts bald los. Inzwischen erklärte der Assistent, warum er sich dachte, was wir dächten, welche Fragen... Im Geiste nickte ich unauffällig, weil es stimmte, was er sagte. Wie lange ist es denn noch? Jetzt bloß nicht auf die Uhr schauen, könnte als Demonstration aufgefaßt werden. „Natürlich kann ich“, sagte der Assistent und versuchte, den Bleistift auf dem Zeigefinger zu balancieren – seltsam, damals hatten die Assistenten meist noch Kugelschreiber, „natürlich kann ich Sie das nicht fragen“.

Und dann ging es los. Um es vorwegzunehmen, meistens war es ungefähr so wie in der Kirche bei der Kollekte: Stille, dann und wann ein gemurmertes Wort, unruhiges Fußbescharen. Und der Klingelbeutel des Assistenten blieb auch fast leer. Der Assistent stellte also eine Frage, irgend ein vertracktes Problem, nicht gerade unlösbar. Aber gut Ding will Weile haben. Also erst einmal andächtige Stille. Dann reichte er dem ihm am nächsten Sitzenden ein Stück Papier und deutete mit dem Bleistift darauf. Der machte erst ein tapferes Gesicht und dann etwas falsch. Der Nächste bitte. Aber der Assistent sah bald ein, daß es so nicht weitergehen konnte. Also verteilte er vier neue Blätter und ein neues

Problem. Seinen Trick erläuterte er erst, nachdem wir alle etwas hingekritzelt hatten. „Zeigen Sie mal her!“ Seine Miene zeigte keinen Ausdruck. Das heißt – er blickte so fröhlich düster in die Runde. „Ja“, meinte er dann, „Sie setzen da Möglichkeiten voraus, an die ich eigentlich nicht gedacht habe.“ Neuer Versuch. Dasselbe. Neuer Versuch. Irgendwie redeten wir aneinander vorbei. Es ging noch eine Zeitlang so weiter: Stille – eine einschränkende Bemerkung des Assistenten – verblüffte Gesichter: ach so – Stille. In meinen Fingerspitzen begann es zu kribbeln. Da – das Telefon klingelt. Nein, es klingelte natürlich nicht, es gab ein modernes, vornehm-dezentenes Schnarren von sich. Gott sei Dank. Der Assistent erhob sich, ein Blick in der Preislage: Keiner verläßt den Raum – der uns erlösende Griff zum Telefon. Hoffentlich ist es seine Frau, dann dauert es länger, so hoffte ich, vergebens. Vor lauter Aufregung vergaß ich, auf die Uhr zu schauen. Wir waren gespannt, was bei den blöden Fragen nun wirklich rauskommen würde. Nach menschlichem Ermessen hatten wir alle Möglichkeiten durchgackert, es gab keine Lösung. Ich bemerkte plötzlich den Aschenbecher mitten auf dem Tisch. Er war noch ganz leer. Ich kann leere Aschenbecher nicht sehen. Ob man wohl... Klack. Der Hörer flog auf die Gabel. Wie er tappt senkte ich den Blick. Der Assistent kam munter zurück, er hatte bei einer Bestellung Prozente bekommen. „Nun, meine Herren?“ Stille. Und dann erklärte er es uns. Die Lösung war stinkeinfach, aber sie hatte mit der ursprünglichen Frage so gut wie nichts zu tun. Der Assistent hatte wirklich Länderspielerfahrung, das war Klasse, wie er uns duckte.

Nach langer, langer Zeit sammelte er endlich mit indigniertem Gesichtsausdruck unsere vollgeschmierten Zettel ein. Dann hielt er wieder eine Rede. Es wurde eine Durchhalterede. Was er im Einzelnen sagte, weiß ich nicht mehr. Die Quintessenz war die, daß wir, wie es soeben offensichtlich geworden, theoretisch ein Semester, praktisch aber zwei Semester wiederholen müßten. Doch sollten wir den Kopf nicht hängen lassen. Sei es drum, mir war im Augenblick sowieso alles recht, wenn nur bald Schluß war.

Doch soweit war es noch nicht. Zwar waren die 45 Minuten schon vorbei, aber ein stillschweigend angehängtes akademisches Viertel gab dem Assistenten Gelegenheit für den Höhepunkt der kleinen Bosheiten. „Glauben Sie, daß ich Fragen gestellt habe, die Sie nicht beantworten konnten?“ fragte er lächelnd. Sieh da, dachte ich, der Bursche braucht ein Alibi. Aber der Gedanke konnte mich nicht froh stimmen. Die Frage hing eine Zeitlang im Raum, wurde wiederholt. Es war schrecklich still. Nur der Bleistift des Assistenten tickte monoton auf die Tischplatte. Der Assistent stieß nach, fragte uns einzeln. Endlich ein zögerndes synchrones Kopfschütteln unsererseits, irgendeiner hatte damit angefangen. Wir hätten ja soviel erwidern können. Aber was hätte es genützt?

Und nun – nun kam der Gipfelpunkt der Vorstellung. „Welche Noten würden Sie sich selber geben?“ Der

Assistent ließ die Frage in seinem Mund wie einen Sahnebonbon zergehen. Ich verschluckte mich fast. Vorsichtig Luft holen. Sagt man jetzt eine gute Note, dann explodiert er, sagt man eine schlechte, dann kriegt man sie erst recht, dachte ich erbittert. Allgemeine Stille. Mir war heiß. Tick, tick – der verdammte Bleistift. Der Assistent schaute und schwieg. Schließlich versuchte er jeden einzeln zu fragen. Er erhielt ausweichende oder gar keine Antworten.

Schließlich wurde es ihm zu dumm. Er akzeptierte anscheinend unser unausgesprochenes Schuldeingeständnis. Man sah ihm an, daß er nachdachte. Das Gericht hatte sich zur Beratung zurückgezogen. Ich fühlte mich seltsam erleichtert. Vielleicht durfte ich noch eine letzte Zigarette rauchen. Und nun kam die Urteilsverkündung. Der Assistent hüstelte trocken. Er habe – Pause, Blick in die Runde – uns allen – Pause – gerade noch – jetzt kommt's, ich wage nicht zu atmen – eine sehr knappe Note noch geben können, aber... Ich hörte nicht mehr zu. Vor einer Stunde noch hatte ich mit einem sicheren Dreier gerechnet, und jetzt war ich über eine sehr knappe Note froh. Manchmal ist es wirklich verrückt.

Endlich durften wir gehen. Der Assistent sagte tatsächlich noch „Auf Wiedersehen“. Draußen schien die Sonne.  
pay

## Betrug

### Disziplinarverfahren wegen vorsätzlichen Betrugs

Seit langem besteht der Verdacht, daß bei der Abgabe der Freitischanträge falsche Angaben gemacht werden. Aus diesem Grunde werden vom Sozialreferat alle Angaben über die Einkünfte der Antragsteller genau überprüft. Ungefähr 60 Antragsteller stehen unter dem dringenden Verdacht falsche Angaben gemacht zu haben. Herrn K. konnte nachgewiesen werden, daß er in seinen letzten Anträgen falsche Angaben gemacht hatte, um sich einen Freitisch auf Kosten wirklich bedürftiger zu erschwindeln.

Er muß für die letzten Semester den Freitisch nachbezahlen. Ferner wird erwogen gegen ihn disziplinarisch vorzugehen.

Aus „info“ Mai 1965

Im Zuge der routinemäßigen Kontrollen der Freitischanträge wurde festgestellt: Der erwähnte Student, der im 8. Semester studiert, gab in seinem Antrag „ca. 40,- DM“ als Eigenverdienst und von zu Hause einen Zuschuß von 130,- DM an. Daraufhin bekam er mehrere Semester lang einen Freitisch in der Mensa zugesprochen. Jetzt ergaben die Nachprüfungen: Sein monatlicher Durchschnittsverdienst betrug mehrere hundert Mark, z. B. im Monat März ds. Js. 301,62 DM. Außerdem bekam er als Halbwaise eine erhebliche Unterstützung nach dem Bundesversorgungsgesetz, so daß sein monatliches Gesamteinkommen über 500,- DM betrug. Ebenfalls gab er auf seinem Antrag nicht an, daß er ein Kraftfahrzeug fährt.

Damit dürfte der Tatbestand des fortgesetzten Betruges erfüllt sein. Er hat zwar den Schaden durch Rückzahlung der – von Firmenspenden für besonders bedürftige Studenten finanzierten – Kosten wieder ausgeglichen; jedoch der Schaden, der den Studenten entstanden ist, die ein Anrecht auf einen Freitisch hatten und ihn seinetwegen nicht bekommen konnten, kann nicht wiedergutmacht werden.

Inzwischen wurden mehrere ähnlich gelagerte Fälle festgestellt; der AStA behält sich gegen diese Studenten disziplinarische und strafrechtliche Schritte vor.

Aus:

## Darmstädter Studentische Nachrichten

Zur Förderung moderner Bestrebungen in der Studentenschaft herausgegeben vom Zeitungsamt der Freien Studentenschaft Darmstadt

Darmstadt, den 21. Januar 1911.

### Student und Politik

#### Eine Rundfrage an hervorragende deutsche Politiker.

Im Programm der sozialdemokratischen Partei ist die Forderung enthalten:

Gewährung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Vertretungskörper an alle über 20 Jahre alten Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts.

Da die meisten deutschen Studenten das 20. Lebensjahr zurückgelegt haben, so müßten sie also verpflichtet sein, sich um die öffentliche Angelegenheiten zu bekümmern, damit sie wissen, wie sie wählen sollen.

Aber abgesehen davon, ob diese Forderung verwirklicht ist oder nicht, um sie verwirklichen zu können ist ein möglichst frühzeitiges Interesse und Studium für alle öffentlichen Angelegenheiten eine absolute Notwendigkeit. Es ist dieses um so dringender, da der Zustand, in dem sich unsere öffentlichen und sozialen Einrichtungen befinden, oft weit entscheidender für die materielle und soziale Stellung des Einzelnen ist, als seine persönlichen Fähigkeiten.

Der Intelligenteste wird verhindert, seine Kräfte und Fähigkeiten frei betätigen und sich eine angemessene Stellung in der Gesellschaft oder im Staat erobern zu können, wenn die staatlichen und öffentlichen Einrichtungen ihm das unmöglich machen.

Das Studium und die Betätigung für die Verbesserung der öffentlichen Einrichtungen kann also gar nicht frühzeitig genug beginnen. Dieses Studium und diese Betätigung ist mindestens ebenso wichtig, wie jede andere für die Entwicklung des Individuums nötige Belehrung und Unterweisung.

August Bebel

# Leichtathleten gut in Schwung

ADAMAN

In einem Durchgang zur Deutschen Hochschul-Mannschaftsmeisterschaft im Darmstädter Hochschulstadion trafen mit Uni Mainz, FU Berlin und TH Darmstadt drei der stärksten deutschen Hochschulen zusammen. Bei schönem Wetter und unter dem Beifall des verhältnismäßig zahlreichen Badepublikums wurden so auch eine Reihe hervorragender Ergebnisse erzielt. Besondere Beachtung verdienen dabei die beiden neuen deutschen Hochschulrekorde. Über 800 m verbesserte A. Krüger (Uni Mainz) die bisher von W. Schöll gehaltene Bestleistung auf 1:49,4 min. Die Darmstädter Schöll und Hanika liefen in diesem Rennen mit 1:50,3 und 1:50,7 auch ganz hervorragende Zeiten.

Den zweiten Rekord stellte R. Liese (THD) im Stabhochsprung mit 4,50 m auf und verbesserte damit seine eigene Marke um 10 cm. Ab 4,10 m war er allein in der Konkurrenz und schaffte alle darauf folgenden Höhen einschließlich der seines Rekordsprunges auf Anhieb. Selbst die Stadiongammler vergaßen bei dieser Serie ihre Gleichgültigkeit und kargten nicht mit Beifall, wie überhaupt bei den Rennen das Schwimmbecken erstaunlich leer war. Wie immer waren bei den Darmstädtern die Läufer der beste Mannschaftsteil. Über 100 m erreichte H. Lang 10,6, gefolgt von Schmidt und Aryeetey (beide 10,9). In drei 400 m Läufen siegten jeweils die Darmstädter. Die Zeiten von W. Braun (47,8), H. Schmitt (47,9) und W. Schöll (48,6) sprechen für sich. Über 3000 m lief hinter dem siegreichen Jahresbesten B. Tümmler (Berlin) H. Hellbach mit 8:36,6 einen neuen Darmstädter Hochschulrekord. Pech hatte allerdings im 200 m Hürdenlauf R. Horst. Er verletzte sich erneut und konnte sich nicht placieren.

Die Darmstädter Techniker konnten gegen die übermächtigen Mainzer nicht viel ausrichten. Dafür schaffte aber B. Nowak hinter den Mainzern Spinnler und Riebensahm im Hochsprung einen neuen Darmstädter Hochschulrekord von 1,91 m. Er verbesserte sich um 1 cm. Bei den Weitspringern konnte nur Aryeetey (6,74 m) mithalten. Insgesamt steigerte sich die Darmstädter Mannschaft auf 31 939 Punkte und belegt somit in der Jahresbestenliste der Hochschulen den zweiten Platz, eine hervorragende Leistung, wenn man das „kleine“ Reservoir von 5000 Studenten zugrunde legt. Vor ihnen liegt nur die Uni Mainz – das Leichtathletikzentrum überhaupt – mit ihren in Darmstadt erzielten 33 399 Punkten, eine Leistung, die nur knapp unter dem von Mainz gehaltenen Mannschaftsrekord liegt.

## Meldungen

Etwas unglücklich schied die **Handballmannschaft** in der Zwischenrunde um die deutsche Hochschulmeisterschaft gegen den noch amtierenden Titelträger, die Uni Münster, aus. Während man in Münster nur knapp 10:11 verlor, waren die Darmstädter im Hochschulstadion wesentlich schlechter und nervöser und verloren so auch 9:12, wobei sie allerdings mehrere Lattenschüsse zu verzeichnen hatten.

Im **Tennis** kam unsere Mannschaft nicht über die Vorrunde zu den Spielen zur Hochschulmeisterschaft hinaus. Zwar gewannen die Darmstädter zu Hause das erste Spiel gegen Mainz 6:3, verloren dann aber gleich anschließend gegen die noch ausgeruhte Wirtschaftshochschule Mannheim 3:6 (Konditionsmängel). Bester Darmstädter war K. Fürst.

Beim vorletzten **Abendsportfest** verbesserte H. Jesberg in einem Prüfungslauf des DVL über 5000 m den ältesten Darmstädter Hochschulrekord auf 14:51,8 min. In diesem Rennen fanden bis zum Neuntplacierten (H. Hellbach, THD) in 14:54,9 min. alle Teilnehmer Eingang in die deutsche Jahresbestenliste! Ebenfalls gut in Schwung war M. Aryeetey im Dreisprung mit 14,54 m.

Bei der 78. Oberrheinischen **Ruderregatta** im Mannheimer Hafen konnte die Ruderriege der THD trotz hervorragender Beteiligung einige gute Plätze belegen. Im Hochschul-Einer belegte J. Wienstoer den dritten Platz, und im leichten Jungmann bzw. Junior-Vierer erreichten die Ruderer ebenfalls einen dritten bzw. vierten Platz.

Ein Freundschaftsspiel gewannen die **Basketballer** in Saarbrücken gegen die dortige Universität klar mit 78:48 (23:20) Punkten. Das Halbzeitergebnis zeigt, daß die Darmstädter ihren Gastgebern besonders in der zweiten Spielhälfte klar überlegen waren. Die erfolgreichsten Korb-schützen: Göbertshan (20), Stumpf und Müller-Donges (je 14).

Die **Volleyballer** schlugen in einem Freundschaftsspiel die Uni Mainz in Mainz mit 3:2 Sätzen.

Auch die **Tischtennispieler** konnten zwei Siege melden. Mit zwei Mannschaften traten sie zu Hause gegen Gräfenhausen an. Die Erste spielte sicher 9:2, während die Zweite überraschend mit 9:5 die Oberhand behielt.

... immer erfolgreich  
immer gut bedient

mit Sportgeräten,  
Sportschuhen  
Sportbekleidung von



Das Fachgeschäft  
mit der großen Auswahl  
vom Sportlehrer beraten -  
vom Fachmann bedient

KANADA

Steigende Löhne, Unterhalts- und Bücherkosten haben 11 Colleges in Kanada gezwungen, ihre Studiengebühren mit Beginn des akademischen Jahres 1965/66 wesentlich zu erhöhen. Auf einer Tagung gab der Verband Atlantischer Universitäten für die Zeit ab September eine Erhöhung der Studiengebüh-

ren um 15% bekannt. Die Reaktion der Studenten war am heftigsten an der Mount-Allison-Universität, wo die Gebühren im nächsten Jahr um mehr als 700 Dollar steigen und zu den höchsten Studiengebühren in Kanada werden.

Studentenspiegel

FRANKREICH

Der 54. Nationalkongreß des nationalen französischen Studentenverbandes UNEF hat die Durchführung der IX. Weltfestspiele in Algier begrüßt. Das Festival wurde als eine gute Gelegenheit für die französische Jugend bezeichnet, sich mit der Jugend Algeriens

zu vereinigen. Der Vorstand der UNEF wurde beauftragt, sich aktiv an den Vorbereitungen des Festivals zu beteiligen und im Vorbereitungskomitee und in der Studentenkommission des Festivals die für die UNEF bedeutenden politischen Fragen zu vertreten.

jw

USA

Die „Travel and Study, Inc.“ veranstaltet zusammen mit sowjetischen Kulturausgangorganisationen in diesem Sommer an der Universität Moskau einen russischen Sprachkurs für Studenten mit Vorkenntnissen und für Fortgeschrittene. Der Kurs ist für amerikanische Studenten gedacht, die mindestens ein

Jahr Russisch auf dem College hinter sich haben. Die Lehrer gehören der Moskauer Universität an. Im Anschluß an den dreiwöchigen Kurs folgt eine zweiwöchige Reise durch verschiedene Sowjetrepubliken und eine dreiwöchige Studienreise durch Polen, die Tschechoslowakei und Frankreich.

Studentenspiegel

SCHOTTLAND

Mehr Geld für die Universitäten forderte der Nationalverband der schottischen Studenten (SUS) von der Regierung. Auf der Frühjahrstagung der SUS wurde die Erweiterung der Regierungshilfe verlangt, ohne die eine von der Regierung angestrebte Ausdehnung der Universitätsausbildung auf breite Schichten

der Bevölkerung nicht durchführbar sei. Die SUS erwartet außerdem, daß die Regierung die studentischen Beitragszahlungen für die Studentische Nationalversicherung finanziell unterstützt. Diskutiert wurde die Vereinigung mit dem Nationalverband der englischen Studentenvertretungen.

Studentenspiegel

ÄTHIOPIEN

Bei Zusammenstößen zwischen der Polizei und Studenten der Universität Addis Abeba wurden Mitte Mai mehrere Studenten verwundet und festgenommen. Anlaß war eine Demonstration, in der sie gegen den Ausschluß von der Universität von 10 Kommilitonen protestierten, denen die Gründung einer illegalen Studentenvereinigung vorge-

worfen wurde. Schon Ende Februar war es bei den Studenten in Addis Abeba zu Kundgebungen gekommen, in denen sie für eine fortschrittlichere Landreform, insbesondere für die Aufhebung der Leibeigenschaft und die gleichmäßige Verteilung des Grund und Bodens eintraten.

„ew“

SCHWEDEN

Nur ungefähr 12% der Studenten, die moderne Sprache studieren, schließen ihr Studium in der ihnen vorgeschriebenen Zeit ab. Bei den Gesellschaftswissenschaftlern und Mathematikern liegt die entsprechende Zahl bei 51% bzw. 43%. Der Nationalverband der schwedischen Studenten (SFS) hat eine Untersuchung über die Ursachen und die Häufigkeit des Studienabbruchs vorgeschlagen. Dagegen wandte sich der SFS energisch gegen die Absicht eines Ausschusses der Universität

Stockholm, alle Studenten von der Universität auszuschließen, die nach zweijähriger Studienzzeit nicht den Nachweis eines normalen Studienverlaufes erbringen können. Auf diese Weise, so meint der Ausschuß, könne die Zahl der Studenten durch ein sinnvolles Auslesekriterium reduziert werden. Der SFS erklärte, derartige Maßnahmen seien mit den demokratischen Unterrichtsprinzipien nicht vereinbar.

Studentenspiegel

Einsatz von Studenten in Entwicklungsländern war das Thema eines Seminars, zu dem der Kreis für internationale Studentenkontakte (Weilburg) eingeladen hatte. Vor fünfzig Studenten verschiedenster Nationalitäten aus Bonn, Mainz und Frankfurt betonte der Direktor des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) Herr von dem Bussche, daß der DED im Gegensatz zu dem Peace-Corps der USA bemüht ist, Experten in die Entwicklungsländer zu schicken. Das schließe jedoch den Einsatz von Studenten bestimmter Fachgruppen nicht aus. Vorausgegangen waren Referate von Herrn Esche über die Tätigkeit der Deutschen Stiftung für Entwicklungshilfe und von Herrn Breier (WUS) über die Vorurteile, die von deutscher Seite den neuen afrikanischen Staaten entgebracht werden.  
„ew“

**Studenten in die  
Entwicklungsländer**

---

Im Rahmen der Vereinbarungen zwischen dem tschechoslowakischen Studentenverband CSM und dem Verband Deutscher Studentenschaften besucht zur Zeit eine tschechoslowakische Jazzgruppe die Bundesrepublik. Eine deutsche Jazzgruppe wird im Oktober die Tschechoslowakei besuchen. Diese Vereinbarung wurde anlässlich der beiden VDS-CSM-Seminare in Gauting und in Brunn getroffen. Mit CSM sind ferner ein Lektoren- und Stipendiatenaustausch geplant.  
VDS-info

**Austauschprogramm  
mit der Tschechoslowakei...**

---

Mit dem ungarischen Studentenverband NCHSO, der sich an einer Zusammenarbeit mit dem VDS sehr interessiert zeigt, wurde ein ähnliches Austauschprogramm wie mit dem tschechoslowakischen Studentenverband vereinbart: Ende 1965 werden die beiden Verbände Pressedelegationen austauschen; NCHSO wird in diesem Jahr eine Kulturgruppe in die Bundesrepublik senden; der VDS wird an einem Kulturfestival von NCHSO im Frühjahr 1966 teilnehmen; eine Sportgruppe des Allgemeinen Deutschen Hochschulsportverbandes wird an der Universiade in Budapest im Sommer 1965 teilnehmen.  
VDS-info

**... und mit Ungarn**

---

Mit einer inoffiziellen Beobachterdelegation wird dem Vernehmen nach der Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) bei den IX. Weltfestspielen in Algier anwesend sein. In Schreiben an den algerischen Jugendverband JFLN und den Studentenverband UNEA hatte der VDS sein Interesse an den Weltfestspielen ausgedrückt und zur Klärung einiger noch offener Fragen Vertreter dieser Verbände in die Bundesrepublik eingeladen. Da bisher jedoch noch keine Antwort aus Algier eingetroffen sei, habe man sich entschlossen, keine offizielle Teilnehmergruppe zu entsenden, wurde dazu vom VDS mitgeteilt.  
jw

**VDS bei den  
Weltfestspielen?**

---

Der Arbeitskreis Berliner Studenten (ABS) hat sich dafür ausgesprochen, daß die Studentenverbände engere Kontakte zum Osten aufnehmen. Der ABS befürwortete die Reise des Sozialdemokratischen Hochschulbundes nach Leningrad, für die die Bundesregierung die Zuschüsse sperrte. In der gleichen Sitzung beschloß der ABS, den linksextremen Sozialistischen Deutschen Studentenbund, der jahrelang ausgeschlossen war, wieder aufzunehmen.  
Studentenspiegel

**Ost-Kontakte**

---

Nach der Beendigung der Amtszeit von Bernhard Sälzer und dem Rücktritt von Gerhard Berg aus dem Vorstand des Darmstädter Studentenwerks werden dort zwei neue studentische Mitglieder eintreten. Als Nachfolger von Herrn Sälzer wurde der vorjährige AStA-Vorsitzende Ulf Kauffmann gewählt. Der Nachfolger Herrn Bergs war bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt. Herr Berg ist zurückgetreten, um eine gut dotierte Tutorenstelle im Studentenwohnheim Riedeselstraße anzunehmen. Dieser Schritt ist umso unverständlicher, als er in seiner früheren Eigenschaft als VDS-Sozialausschußvorsitzender entschieden gegen die Einrichtung der Wohnheimtutoren Stellung genommen hat.  
dds

**Vorstandswechsel  
im Studentenwerk**

# Leichtathletikmeisterschaften

im Hochschulstadion am 17. und 18. Juli

Sportreferat und Sportamt der THD sind in diesem Jahr Ausrichter der bedeutendsten Deutschen Hochschulmeisterschaften, der DHM Leichtathletik. Die Veranstaltung findet am 17./18. Juli 1965 im Darmstädter Hochschulstadion statt. Diese Meisterschaften werden deshalb besonders bedeutungsvoll, weil die Wettbewerbe als Ausscheidungskämpfe für die Mannschaft des Allgemeinen Deutschen Hochschulsportverbandes gelten, die sich im August an den Studentenweltmeisterschaften in Budapest beteiligt. Jeder Aktive, der einen Platz in dieser Mannschaft einnehmen will, muß sich in Darmstadt qualifizieren. Aus diesem Grund wird hier auch ein ungewöhnlich starkes Teilnehmerfeld am Start sein, so daß mit spannenden Wettkämpfen und mit Spitzenleistungen zu rechnen ist. Unter den Teilnehmern werden etwa 40 Mitglieder der deutschen Leichtathletik-Nationalmannschaft zu finden sein, davon ca. 15 Olympiateilnehmer. Wer sich am 23. 6. 1965 die Teilnehmerliste und die Ergebnisse beim Durchgang zur Deutschen Hochschulmannschaftsmeisterschaft in der Leichtathletik zwischen der Freien Universität Berlin, der Universität Mainz und der Tech-

nischen Hochschule Darmstadt im Darmstädter Hochschulstadion angesehen hat, kann sich vielleicht schon ein Bild davon machen, welche hervorragenden Leistungen für die Erringung einer Deutschen Hochschulmeisterschaft notwendig sind, denn schon die Athleten dieser 3 Hochschulen erzielten eine Reihe ganz großartiger Ergebnisse, darunter 2 neue deutsche Hochschulrekorde. An den Meisterschaften werden sich jedoch 28 Hochschulen mit 450 Studenten und Studentinnen beteiligen, so daß dort die Trauben noch viel höher hängen werden.

Aus der Sicht der Darmstädter Studentenschaft wird natürlich das Abschneiden der THD-Teilnehmer von besonderem Interesse sein, zumal unsere Vertreter in letzter Zeit mit vielversprechenden Leistungen aufwarteten. Heiße Eisen sind insbesondere der deutsche Hochschulrekordler im Stabhochsprung, Rainer Liese, die 400 m-Läufer Hannes Schmitt (Mitglied der Europameisterstaffel 1962 und der deutschen Olympiamannschaft 1964) und Wilfried Braun, die 800 m-Läufer Wolfgang Schöll, der schon dreimal Deutscher Hochschulmeister war, und Manfred Hanika, sowie diese 4 Läufer in der 4x100 m-Staffel. Auf vorderen Plätzen darf man auch Helmut Lang im Sprint, Bernd Nowak im Hochsprung und Nii Aryeetey, der ebenfalls schon zweimal Deutscher Hochschulmeister im Dreisprung war, erwarten. Auch bei unseren Mittel- und Langstrecklern ist mit einem guten Abschneiden zu rechnen, so daß auch aus lokalpatriotischen Gründen die Veranstaltung für alle TH-Studenten von großem Reiz sein wird.

Selbstverständlich erfordert eine derartige Großveranstaltung eine weit vorausschauende Planung und eine umfangreiche und exakte Organisation. Seit Monaten gehen Sportamt und Sportreferat in einem gemeinsamen Organisationsausschuß an die vielen Vorbereitungsarbeiten heran. Aus der Fülle der Aufgaben seien hier nur die Beschaffung von Quartieren, die Gestellung von Kampfrichtern, die Werbung, die Organisation einer Rahmenveranstaltung neben vielen Detailarbeiten genannt. Die Meisterschaften stehen unter dem Ehrenprotektorat des Herrn Hessischen Kultusministers, Seiner Magnifizenz des Herrn Rektors der Technischen Hochschule Darmstadt und des Herrn Oberbürgermeisters der Stadt Darmstadt.

Für die Bedeutung der Veranstaltung spricht auch, daß beide deutsche Fernsehprogramme Aufzeichnungen der Wettkämpfe senden werden. Sportreferat und Sportamt würden sich sehr freuen, wenn die Darmstädter Studentenschaft durch zahlreiches Erscheinen dazu beitragen würde, der Veranstaltung einen meisterschaftswürdigen Rahmen zu geben. Gerade die ermutigenden Zahlen der sporttreibenden Studenten an unserer Hochschule lassen hoffen, daß die THD-Studenten auch bei dieser Gelegenheit ihre Verbundenheit und ihr Interesse am Hochschulsport bekunden. Die umfangreiche Organisationsarbeit des Sportamtes und Sportreferates und das hohe sportliche Niveau der Veranstaltung verdienen sicher eine große Zuschauerzahl gerade unter den Studenten. Merken Sie sich also bitte vor: 17./18. Juli 1965 Deutsche Hochschulmeisterschaften in der Leichtathletik im Darmstädter Hochschulstadion. Sie sind alle herzlich eingeladen!



**Genau,  
schnelles,  
sauberes,  
bequemes  
Zeichnen**

#### HMF-Präzisions-Zeichenmaschinen

mit und ohne Nullpunktverstellung, 360° Vollkreisteilung, 15° Rastung, Ablesegenauigkeit bis 10' durch Nonius, keine störanfälligen Teile

#### HMF-Zeichentische

stufenlos regelbar, verschiedene Ausführungen

#### HMF-Zeichenbretter

mit verschiebbaren Stützen

#### HMF-Reißzeuge

für Schule und Beruf

Unser Schlager!

**Komplette Zeichenanlage DIN A1**

2 Jahre Garantie! 180,- abz. Studentenrabatt

Prospekte und Auskünfte bei:

**A. Kipper, 61 Darmstadt, Soderstraße 16 II**

oder direkt bei



**Heinrich Möckel  
Feinmechanik**

6301 Oppenrod-Gießen



**Ein Krimi aus dem Ostblock!  
Václav Nyvlt:  
Zwei Millionen Zeugen  
rororo-thriller Nr. 2073 (Taschenbuch)**

Zwei Millionen Fernsehzuschauer hatten es am Bildschirm verfolgt: Während eines Kriminalfernsehspiels wurde der beliebte Schauspieler Jan Faltys **ERMORDET**.

36 Personen waren zur Tatzeit im Studio, und alle sind verdächtig. Wer hatte es getan? Was war das Motiv?

Kapitán Suda und Wachtmeister Koval stehen vor der fast hoffnungslosen Aufgabe, sich im Dschungel der Fernsehintrigen zurechtzufinden.

Der Autor V. Nyvlt ist Film- und Fernseh-dramaturg und kennt das geschilderte Milieu aus eigener Anschauung bis ins kleinste Detail.

**Rowohl, Reinbek bei Hamburg  
Neuerscheinungen im August-Oktober 1965**

- Bela Bartok, dargestellt von Everent Helm (rm 107)
- Martin Esslin, Das Theater des Absurden (rde 234/35/36)
- B. Traven, Die Brücke im Dschungel (ro 764)
- Marquis de Sade, dargestellt von Walter Lennig (rm 108)
- Federico Chabod: Die Entstehung des neuen Italien / Von der Diktatur zur Republik (rde 237)
- Jean Cocteau, Taschentheater (ro 772)
- Boris Pasternak, dargestellt von Michael Aucouturier (rm 109)
- Jürgen Claus: Kunst heute / Personen, Analysen, Dokumente (rde 236—239)

**Uwe Schulz:  
Kant (rm 101)  
Rowohl Verlag Reinbek**

Seit etwa vier Jahren gibt Rowohl die Serie der Monographien heraus, die „große Persönlichkeiten in Selbstzeugnissen und Dokumenten“ zum Thema haben. Hier werden die verschiedensten Köpfe aus Kunst, Musik,

Religion, Philosophie, Naturwissenschaft und vor allen Dingen der Literatur vorgestellt. Als Exemplum für die — zugegeben in der Qualität etwas unterschiedlich ausfallenden — Bändchen sei hier die Beschreibung Kants genommen.

Nach einer ausführlichen Erläuterung des Lebensweges des großen Königsberger Philosophen, die durch viele Bilder aufgelockert und vertieft wird, folgt die Entstehungsgeschichte und ein Kommentar der wichtigsten Werke. Ein besonderes Lob verdient die umfangreiche Bibliographie aller Schriften von und über Kant am Schluß des Buches. Für jeden, der sich mit Kant beschäftigen will, ist das eine Hilfe, die viel Arbeit erspart.

Es ist absurd, sich Rowohls Monographien fortlaufend nebeneinander in den Bücherschrank zu stellen, dafür sind sie nicht gedacht. Man sollte sich sorgfältig die Bänd-

und stirbt; der Arzt verwahlost und führt bis zu seinem Tode ein Landstreicherleben. Die Geschichte ist ohne Zweifel eine „unerhörte Begebenheit“, wie Goethe die Novelle definiert; sie ist auch in pikanten Szenen mit Geschmack und künstlerischer Sicherheit erzählt.

Tatjana ist der Typ des „Nymphchens“, das durch Vladimir Nabokovs „Lolita“ unsterblich geworden ist (von Nabokov hat übrigens Katz-Maus-Blechtrommler Grass eine Menge gelernt!). Man hat überhaupt den Eindruck, daß der Lolita-Autor „Tatjana“ gekannt hat; zumindest ist die charakterliche Ähnlichkeit der Romanheldinnen ein Beweis dafür, daß solche Themen in der Literatur des 20. Jahrhunderts möglich sind und bewältigt werden können. So lohnt es sich auf jeden Fall, schon aus literaturhistorischem Interesse und nicht wegen der paar „Stellen“, dieses Büchlein zu lesen.

**HALLOO-WACH macht munter**

chen herausuchen, für deren Themafiguren man ein echtes Interesse hat, und die man auch lesen wird; zum Verstauben sind die Bändchen zu schade.

**Curt Goetz:  
Tatjana  
Rowohl Verlag Reinbek  
(ro 734)**

Die meisten kennen Curt Goetz nur von seiner „lustigen“ Seite, von seinen Theaterstücken her: Die tote Tante, Hokuspokus, Dr. med. Hiob Prätorius u. a. Aber Goetz war mehr als nur geistvoll witzig, er betätigte sich auch erfolgreich auf dem Gebiet des erotischen Romans, der als Literaturgattung immer mehr an Bedeutung gewinnt. Im Schatten seines bekanntesten Werkes dieses Genres „Die Tote von Beverly Hills“ steht das vorliegende Büchlein „Tatjana“, eine Legende, wie er es selbst nennt. Beides sind Ergebnisse seiner Emigrationszeit in Hollywood. In „Tatjana“ beschreibt er die Liebesgeschichte zwischen einem in Deutschland lebenden russischen Arzt und einem cellospielenden dreizehnjährigen Wunderkind, das ebenfalls aus Rußland stammt. Dieses Motiv, das jedem Puritaner die Schamröte ins Gesicht treiben muß, gestaltet Goetz mit Zartheit, ironischer Distanz und ein klein wenig Traurigkeit: Kurz vor der Hochzeit (!) zwischen den Liebenden erkrankt die Kleine

**James A. Saxon, William S. Plette:  
Die Programmierung der IBM 1401  
Ein Lehrbuch zum Selbstunterricht  
208 Seiten mit zahlreichen Abbildungen und Schemata  
Carl Hanser Verlag, München 1965  
Glanzfolienkasch. Einband DM 19,80**

Die elektronische Datenverarbeitung ist zum marktüblichen Gebrauchsartikel geworden. Das vorliegende Lehr- und Lernbuch verdient deshalb die besondere Beachtung aller, die in das Prinzip der Programmierung eingeführt werden möchten. Mit gutem Grund wurde dafür die IBM 1401 gewählt — ist sie doch im In- und Ausland die am weitesten verbreitete Datenverarbeitungsanlage, mit deren Hilfe die Berechnung neuer Autobahnstrecken ebenso möglich ist wie die Ermittlung von Stromgebühren, oder von Ergebnissen politischer Wahlen.

Das Interessante an dem Buch ist, daß der Lernstoff ebenfalls „programmiert“ ist: In insgesamt 41 Lektionen wird der Lernende mit der Theorie des Programmierens vertraut gemacht. Das Gelernte wird durch Aufgaben vertieft, deren Lösung jeweils auf der Rückseite der Frageseite mitgeteilt wird. Eine Programmieraufgabe beschließt das Buch, die der Praxis schon recht nahe kommt und ein gutes Übungsbeispiel darstellt. Leider ist dieses Beispiel noch nie auf einer Maschine durchgerechnet worden.

**D E M M I G - B Ü C H E R**

Vom Zählen b. z. Gleichg. 1. Grades	DM 7,80	Differentialrechnung	DM 11,50
Von Proportionen b. z. Gleichg. 2. Grades	DM 9,60	Integralrechnung	DM 5,80
Vom Punkt bis zum Kreis	DM 6,50	Differentialgleichungen	DM 4,30
Von Koordinaten b. z. Funktionsgleichungen	DM 8,50	Statik starrer Körper	DM 11,50
Gleichungen der Geraden	DM 6,50	Festigkeitslehre	DM 11,50
Gleichungen von Kreis, Ellipse, Hyperbel und Parabel	DM 8,50	Dynamik des Massenpunktes	DM 7,50
Arithmetik und Algebra	DM 6,—	Dynamik des Massenkörpers	DM 5,—
		Einf. i. d. Vektorenrechnung	DM 3,—

vermitteln grundlegende Kenntnisse in leicht faßlicher, prägnanter Darstellungsart, Prospekt D kostenlos bitte anfordern. — Demmig-Bücher sind zu beziehen durch jede Buchhandlung.

Demmig Verlag Kom. Ges., 61 Darmstadt-Eberstadt



## Einem „on dit“ zufolge . . .

. . . sagte Prof. Horn in einem Seminar nach dem Referat zum Referenten: „Ich habe etwas gelernt von Ihnen – wenn’s stimmt, was Sie sagten.“

. . . schreibt Prof. Dietz (Mechanik IV) so schnell, daß er zwei Tafeln füllt, bevor die Studenten ihre Füller aufgeschraubt haben.

. . . erkundigte sich ein jüngerer Kommilitone (1. Sem.) im Institut für BWL, ob man denn in der Buchführungsklausur durchfallen könne.

. . . sind die neuen Studienpläne für die E-Techniker nicht zusammengebosselt, sondern gezinkt.

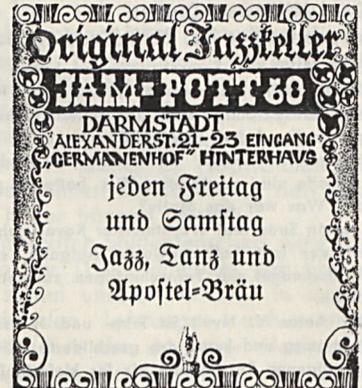
. . . ist in der Mensaküche ein neuer Präparatschneider zum Schneiden der Fleischscheiben angeschafft worden.

. . . ist das Werbeseminar wieder jugendfrei, weil Prof. Sacherl erst im Wintersemester die Tiefenpsychologie behandeln will.

. . . wird die Vorlesung, die im letzten Semester Übertragungstechnik hieß, im Vorlesungsverzeichnis als „lineare Nutzttheorie“ angekündigt wurde und jetzt „Übertragungstheorie“ genannt wird, den endgültigen Namen „Theorie linearer Übertragungstechnik“ bekommen.

. . . soll demnächst an den Darmstädter Mädchenschulen zur Behebung einer gewissen Notlage an der THD eine Aktion stattfinden: „Man geht nicht mehr ohne stud.“

. . . hat es die Fakultät für Kultur- und Staatswissenschaften aufgegeben, den Lehrstuhl II für Betriebswirtschaftslehre zu besetzen, um dem Kultusminister die erste Möglichkeit zu geben, ein Oktroi auszuprobieren.



. . . wurde der Werbeslogan für die dds „mäßig, aber regelmäßig“ von der Redaktion nach langer Debatte wieder verworfen.

## Kommt Ihnen das bekannt vor?



**STUDENTENREISEN** bietet in diesem Sommer wieder ein reichhaltiges Programm beliebter und erprobter Reisen.

Badereisen an die COSTA BRAVA: Lloret de Mar und Sariera/Bagur  
5 Termine: Fahrt u. 14 Tage Vollpension ab DM 294,-  
Erholungsreisen zur Mittelmeerinsel PONZA  
4 Termine: Fahrt, Übernachtung Rom und Mailand,  
14 Tage Vollpension auf Ponza ab DM 363,-

Deutsche Bundespost  
Postamt Darmstadt

Darmstadt, 1. Juli 1965

Sehr geehrte Herren!

Leider müssen wir Ihnen mitteilen, daß die Nr. 74 Ihrer Druckschrift den Bestimmungen der Postzeitungsordnung nicht gerecht wird, weil nicht klar zu erkennen ist, was der Anfang und was der Schluß sein soll. Zeitungen, die durch die Deutsche Bundespost vertrieben werden sollen, müssen in verkehrsüblicher Weise hergestellt sein, sie dürfen nicht von vorne und von rückwärts beginnen, ihr Inhalt darf nicht teilweise auf dem Kopf stehen und sie darf nicht über zwei Titel verfügen.

Außerdem erinnern wir Sie nochmals daran, daß Beilagen gedruckt sein müssen. Die Beilage „Literatur über und aus Polen“ war aber mit einer Schreibmaschine hergestellt und dann vervielfältigt worden.

Wir bitten Sie daher, künftig Ihre Schrift in verkehrsüblicher Weise herzustellen und nur wirklich gedruckte Beilagen beizulegen.

Hochachtungsvoll  
Im Auftrag  
gez. Schneider

Badereisen zur Insel RAB

3 Termine: Fahrt u. 14 Tage Vollpension ab DM 333,-  
Segeln u. Reiten in UNGARN: je Termin ab DM 298,-

— 8 MG

Ausführliche Prospekte auch anderer Reisereferate, Auskunft und Anmeldung von Montag bis Freitag von 11.00–13.00 und 14.00–15.00 Uhr in unserem Büroraum am Mensa-Seiteneingang. Telefon 852718.

**Fahrschule Schneider**  
**Darmstadt, Kasinostraße 14**  
**Telefon 74814**  
 und Griesheim, Hintergasse 1a

alle  
 Klassen

**Klasse III**  
 Mercedes-Automatic  
 Ford 17 M  
 Opel Kadett  
 VW 1500

**Klasse II**  
 Mercedes-LKW  
  
**Klasse I**  
 Heinkel-Roller



*bietet tausendfach*  
**ALLES UNTER EINEM DACH**

**Wein ist Vertrauenssache!**

Darum kauft man alle **Weine und Spirituosen beim Fachmann.**

Eine reichhaltige Auswahl guter und preiswerter Weine und Spirituosen bietet Ihnen Ihre

**Weinkellerei Hans Möhler**

Darmstadt, Bleichstr. 19, Tel. 70612

**Die Bockshaut**

ALT-DARMSTÄDTER WEIN- UND SPEISERESTAURANT - HOTEL  
 Verbindungslokal - Großer Saal - Konferenz- u. Fremdenzimmer  
 KIRCHSTRASSE 7 - RUF 7 45 58  
 Pschorrbräu München u. Michelsbräu Babenhausen im Faßausschank

**Bayerischer Hof**

Seit 1895

Preiswerte Speisen, Gepflegte Getränke  
 Selbstgekelterter Apfelwein

**Karl Stein**

Alexanderstraße

**Wenn's  
 um  
 Geld  
 geht**



**Sparkasse  
 Darmstadt**

Geschäftsstellen in Stadt und Land

# Am Anfang war der stern

## 1961

Jürgen von Kornatzki

### Unsere Schule ist sitzen geblieben

Über das "Stiefkind" Land-, Zwerg- und Konfessionsschule

Prof. Horst Wetterling

### Das Abitur mit 10 Jahren

Über die weltfremde Aufnahmeprüfung zur Höheren Schule, die tausende begabter Kinder vom Besuch des Gymnasiums ausschließt

Prof. Horst Wetterling

### Fürs Kino zu jung

Plädoyer für das - damals heftig angefeindete - 9. und 10. Schuljahr

## 1962

Prof. Horst Wetterling

### Schule der Vermassung

Kampfansage gegen die Politiker, die nicht sehen, daß unsere Nachbarländer für ihre Jugend viel mehr Geld bereitstellen, als die Deutschen

Prof. Horst Wetterling

### Der Pauker

Über die sträfliche Vernachlässigung der Lehrerbildung

Prof. Horst Wetterling

### Hitler und Ulbricht: Fehlannonce

Untersuchung über den kläglichen Wissenstand in Geschichte und Zeitgeschichte

Prof. Horst Wetterling

### Müssen unsere Kinder zuviel lernen?

Über den Unfug des "abfrag-



baren Wissens". Der STERN weist nach, deutsche Kinder müssen 259 Stunden pro Jahr länger lernen, obwohl sie nicht mehr lernen, als gleichaltrige Kinder in anderen Staaten. Und - Industriearbeiter haben dreimal soviel Freizeit wie Schüler

## 1963

Jürgen von Kornatzki

### Sind Katholiken dümmer?

Untersuchung über die ungerechtfertigte Benachteiligung von Arbeiter-, Land- und katholischen Kindern in ihren Bildungschancen

Leo Bauer, Jürgen von Kornatzki  
Dr. Burkart Lutz

### Wechseln Sie Ihren Beruf rechtzeitig

Der große STERN-Report über den Stand der deutschen Schul- und Berufsausbildung. Wichtigstes Ergebnis: Höchstens 40 von 100 Facharbeiterlehrlingen werden in Deutschland in modernen Werkstätten gut ausgebildet. Die übrigen sind, vor allem im Handwerk, meist nur billige Arbeitskräfte

## 1964

Prof. Horst Wetterling

### Halten die Deutschen ihre Kinder für dumm?

Über den Unfug der Behauptung: Es gibt "begabte" und "unbegabte" Stände oder Klassen

Prof. Horst Wetterling

### Unsere Töchter sind Stieftöchter

Der STERN beantwortet die Frage: Warum werden

Als erste große Zeitschrift der Bundesrepublik hat der STERN ein Millionen-Publikum auf den Bildungsnotstand hingewiesen. Allein seit 1961 hat der STERN rund 60 Beiträge zu diesem Thema veröffentlicht. Erinnern Sie sich an die wichtigsten, die fast immer den Zorn der Politiker und der Interessenverbände erregten?

Mädchen von Eltern und Erziehern in ihrer Ausbildung auf Schulen, Hochschulen und im Beruf so ungerecht benachteiligt?

Leo Bauer, Jürgen von Kornatzki,  
Dr. Burkart Lutz

### Wechseln Sie Ihren Abgeordneten rechtzeitig

Aufruf an die STERN-Leser, von ihren Politikern ein besseres Ausbildungssystem zu erzwingen

Prof. Horst Wetterling

### Der Skandal der Zensuren

Veraltete und allzu unterschiedliche und daher ungerechte Maßstäbe behindern die Aussichten auch begabter Kinder

Prof. Horst Wetterling

### Stimmenfang auf Kosten unserer Kinder

Protest gegen eine Steuer-senkung, solange an Schulen und Hochschulen das Nötigste fehlt

### Schule - Samstags nie

STERN-Untersuchung über die Möglichkeiten einer "5-Tage-Schule"

Prof. Horst Wetterling

### Arbeit ist des Bürgers Zierde

Über den Unfug unserer Lesebücher: Kindern von heute, die in der Welt von morgen leben sollen, wird die Welt von gestern gelehrt

Prof. Horst Wetterling

### Es ist nun mal so Sitte

Das "gesunde Volksempfinden" und die Prügelstrafe in der Schule

Prof. Horst Wetterling

### Schule für den Herzinfarkt

Ergebnis einer Untersuchung: Keine Turnhallen, keine Sportlehrer, schwächliche Kinder

Leo Bauer, Jürgen von Kornatzki,  
Dr. Burkart Lutz

### Mit 40 aus dem Rennen?

Der zweite STERN-Report über Berufsaussichten und Berufsausbildung in der Bundesrepublik. Die STERN-Untersuchung gibt Antwort auf die Fragen: Werden Ihre Kinder richtig ausgebildet? Hat Ihr eigener Beruf noch eine Zukunft?

Leo Bauer, Jürgen von Kornatzki,  
Dr. Burkart Lutz

### Welcher Beruf hat Chancen?

Kolloquium des STERN mit internationalen Berufs-, Arbeits- und Sozialwissenschaftlern. Urteil von Professor Heinrich Abel, Ordinarius für Berufspädagogik: "Dem STERN ist es zu verdanken, daß die Verantwortlichen endlich mit der Nase auf diese lebenswichtigen Frage gestoßen wurden"

Prof. Horst Wetterling

### Warum gibt es solche Schulen nicht in Deutschland?

Der STERN untersucht die schwedische Schulreform. Ergebnis: 60 von 100 schwedischen Kindern werden in Zukunft die Höhere Schule besuchen - in Deutschland höchstens zwanzig

## 1965

Dr. Luc Jochimsen

### Opas Schule ist tot

Es gibt in Deutschland zu wenig Lehrer. Gute Lehrmaschinen könnten sie ersetzen. Aber sie werden als "Gefahr für das Abendland" abgelehnt

Prof. Horst Wetterling

### Ich bin Verräter, Zerstörer, Kommunist

Kampfansage gegen das Konkordat in Niedersachsen

Chefredakteur Henri Nannen

wird am 1. Juli auf einer Kundgebung der Berliner Studenten erneut zum "Bildungsnotstand" Stellung nehmen